

Nummer 2/2013 - 30. Jahrgang

NATURSCHUTZBLATT

Mitteilungen zum Natur- und Umweltschutz in Südtirol



Herausgegeben vom
Dachverband für Natur-
und Umweltschutz

Überrollt

TITEL Auch wenn das Thema Transit heute weniger öffentlichkeitswirksam diskutiert wird wie noch vor wenigen Jahren, ist er dennoch traurige Realität in Südtirol und dessen negative Auswirkungen sind deutlich messbar. Wir wollen die vielfältigen Probleme für Mensch und Gesundheit, die mit dem Transit zusammenhängen, wieder stärker in der Vordergrund rücken, um es der Politik schwerer zu machen, wegzusehen, abzulenken und zu beschwichtigen. Es gibt griffige und wirksame Lösungen, man muss nur wollen.

- 3 Effizienzstudie Öffentliche Beleuchtung
- 8 Naturwaldreservate in Tirol und Südtirol
- 10 Pflanzenschutzmittel im Obstanbau
- 12 Pestizide als Froschkiller?
- 13 Unsere Bienen in Gefahr
- 14 Landwirtschaft - ein Beitrag zur Biodiversität
- 16 Grundeinkommen für alle?
- 18 Regiogeld scec
- 19 Upcycling
- 20 Ein gutes Gesetz zur Direkten Demokratie
- 22 Umspannwerk Wiesen
- 24 Tempo 40 in Olting
- 25 Keine Steuergelder für den Flugplatz Bozen
- 26 Giftiges Greiskraut raus!
- 27 Aktionstag Montiggler Wald
- 28 Aktion Hecke
- 29 Terlaner Jahrgangsbaum 2012
- 30 Waldtag mit LandArt
- 31 Termine – Impressum
- 32 Mendelradtag

Wir danken der Autonomen Provinz Bozen, Abteilung Natur und Landschaft, für die freundliche Unterstützung! www.provinz.bz.it/natur



KARIKATUR von Bruno Rubner



„Unser tägliches (pestizidfreies) Brot gib uns heute“



Im Oktober geht eine weitere Amtsperiode der Südtiroler Landesregierung zu Ende. Ich möchte vorweg betonen, dass der Dachverband für Natur- und Umweltschutz keine Wahlempfehlung abgibt, weil wir das bei mündigen Bürgerinnen und Bürgern für unnötig halten. Dennoch erlaube ich mir als Vorsitzender eines Vereins, der sich für eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise in Südtirol einsetzt, vor der Wahl ein kurzes Resümee zu ziehen.

Wie stark hat sich die Politik in den letzten Jahren für nachhaltige Entwicklung eingesetzt? Nun, ich denke, leider weniger als sie es hätte tun können:

In der Landwirtschaft, wo man eine nachhaltige Ausrichtung am ehesten erwarten würde, setzt Südtirol weiterhin vorwiegend auf Monokulturen, mit schwerwiegenden Folgen für die Biodiversität. Durch den unvermindert hohen Einsatz von Pestiziden und Gülle werden Böden und Grundwasser schwer belastet. Die ätzende Geruchsbelastung durch massive Überdüngung ist da nur das kleinere Übel. Die Biolandwirtschaft wird mittlerweile zwar gern zu Werbezwecken verwendet, aber de facto wird sie hierzulande immer noch viel zu wenig ernst genommen und viel zu wenig gefördert.

In der Fremdenverkehrspolitik sieht es ähnlich aus. Mit sanftem und nachhaltigem Tourismus wird gern für unser Urlaubsland geworben, u.a. weil dieser zunehmend von den Urlaubsgästen gesucht und geschätzt wird. Dennoch werden, politisch massiv unterstützt, bisher weitgehend unberührte Landschaften erschlossen und verbaut.

In der Verkehrspolitik sieht es noch weniger nachhaltig aus. Da steht der Individualverkehr ungebrochen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, wie sich unschwer an den hohen Fördermitteln für den landesweiten Straßen-, Brücken- und Tunnelbau erkennen lässt. Die krampfhaft aufrechterhaltung des seit über zehn Jahren hoffnungslos defizitären Flugplatzes und die derzeitigen Ausbaupläne erscheinen jedoch nicht nur mir als der absolute Gipfel einer absurden und realitätsfernen Verkehrs- und Finanzpolitik. Daran ändert auch das viele Getöse nichts, mit dem die Verbesserungen im öffentlichen Verkehr ständig beweihräuchert werden.

Zu guter Letzt fällt mir die in Krise befindliche Bauwirtschaft ein, die ihre Rettung eher in der Errichtung neuer Protzbauten zu sehen scheint, anstatt die dringend nötige und nebenbei staatlich subventionierte Sanierung der bestehenden Bausubstanz anzugehen, um deren Energieeffizienz zu erhöhen.

Es gäbe also noch viel zu tun in unserem von der Politik immer so hoch gepriesenen Musterland Südtirol.

KLAUSPETER DISSINGER



Öffentliche Beleuchtung Südtirols Gemeinden unterstützen die Initiative

Foto: Diego De Innesco

Im Sommer vergangenen Jahres startete der Dachverband für Natur- und Umweltschutz in Zusammenarbeit mit dem Ökoinstitut Südtirol/Alto Adige eine Umfrage zur öffentlichen Beleuchtung in allen 116 Südtiroler Gemeinden. Ziel dieser Initiative ist es, aufgrund aktueller Daten mögliche Effizienz- sowie Einsparpotentiale zu eruieren, um den Stromverbrauch durch die öffentliche Beleuchtung und letztlich auch die daraus resultierenden Ausgaben der Gemeinden zu senken. Auf diese Weise kann auch sehr elegant das Thema der Lichtverschmutzung thematisiert werden.

Mit 79 teilnehmenden Gemeinden überstieg das Interesse an dieser Umfrage dabei alle Erwartungen. Am 18. Juli wurden die Ergebnisse der Studie über die öffentliche Beleuchtung der Gemeinde Südtirols im Konferenzsaal des Alten Rathauses in Bozen präsentiert. Über 40 Personen, darunter BürgermeisterInnen, TechnikerInnen und VertreterInnen der Südtiroler Gemeinden nahmen daran teil.

Die Studie, die vom Dachverband für Natur- und Umweltschutz in Zusammenarbeit mit dem Ökoinstitut Südtirol/Alto Adige durchgeführt wurde, wollte den Energieverbrauch der öffentlichen Beleuchtung analysieren und das Einsparpotenzial für die teilnehmenden Gemeinden berechnen. Im vergangenen Jahr wurde dazu ein Fragebogen an jede Gemeinde geschickt, welcher von einem Großteil der Gemeinden auch ausgefüllt zurückgesandt wurde.

Verbrauch und Effizienz

Im Rahmen der Untersuchung konnte neben den Ergebnissen für die einzelnen Gemeinden ebenso erhoben werden, dass in Südtirol jährlich durchschnittlich 13.120 kWh elektrische Energie pro Kilometer beleuchteter Gemeindestraße verbraucht werden. Dabei ließe sich durch eine rein technische Umrüstung durch-

schnittlich 26 Prozent dieses Energieverbrauchs einsparen. Mit dieser Studie wird den Vertretern der Gemeinden sehr gut aufgezeigt, dass in der Energiediskussion oftmals ein entscheidender Faktor vergessen wird: die Energieeffizienz. Bereits mit überschaubaren Investitionen können erhebliche Einsparungen erzielt werden. Daher sollte der Fokus im Energiebereich zukünftig weniger auf zusätzliche Produktion, sondern vielmehr auf Verminderung des Verbrauchs ausgerichtet sein.

Das Ziel der Studie ist es, das Bewusstsein der Gemeinden zu stärken, damit diese ihr Potenzial nutzen und den Stromverbrauch und die damit verbundenen Kosten reduzieren können. Der Direktor des Ökoinstituts Andreas Pichler ist mit den Ergebnissen der Studie sehr zufrieden: „Es ist schön zu sehen, dass so viele Gemeinden teilgenommen haben und uns die Daten zu ihrem Verbrauch zukommen haben lassen. Die intelligente Nutzung von Energie ist eine große Herausforderung und die öffentliche Beleuchtung ein Beispiel dafür, wie sich Investitionen rasch wirtschaftlich und ökologisch auszahlen können.“

Lichtverschmutzung

Ein weiterer zentraler Punkt dieser Studie ist die Sensibilisierung zum Phänomen der Lichtverschmutzung mit ihren negativen Auswirkungen auf Mensch,

Flora und Fauna, welche leider immer noch zu wenig öffentlich thematisiert werden. Über den Anreiz der Einsparung kann auch dieses Problem angegangen werden, liegen die Ursachen der Lichtverschmutzung doch in der generell schlechten oder nicht der Situation angepassten Qualität der eingesetzten Beleuchtung, in übertrieben dimensionierten und/oder überflüssigen Lichtpunkten, in einer Beleuchtung nach oben bzw. von Objekten wie Hausfassaden oder Ähnlichem sowie zu guter Letzt in einer durchgehenden nächtlichen Beleuchtung mit unnötig gleichbleibender Intensität.

Ergebnisse

Die berechneten Ergebnisse lassen einen Vergleich zwischen den teilnehmenden Gemeinden nicht so ohne Weiteres zu. Zu vielfältig sind die Situationen sowie der Umfang und die Qualität der verarbeiteten Daten. Nichtsdestotrotz dient diese erste Erhebung als Referenzwert für weitere Erhebungen in regelmäßigen Abständen, für deren Neuauflage sich bereits eine Reihe von Vertretern der Gemeinden bei der Präsentation ausgesprochen haben. In zwei Jahren werden wir sehen, ob die einzelnen Gemeinden ihr Potential zur Steigerung der Energieeffizienz ausgeschöpft haben.

ANDREAS RIEDL

Mehr Information unter www.oekoinstitut.it www.umwelt.bz.it > Presse

Brenner-Autobahn

Grenzwerte und Gesundheit

Die Transittlawine rollt auch im Jahr 2013 quer durch unser Land. Die weltwirtschaftsbedingten Rückgänge halten sich in Grenzen, Lärm und vor allem Schadstoffe belasten weiterhin ungebremst die Gesundheit der Wipp- und Eisacktaler, der Bozner und der Unterlandler. Die Politik glänzt durch Untätigkeit und hat zur Ablenkung das Märchen des BBT erfunden, mit dem sie die Bevölkerung auf den St.-Nimmerleins-Tag vertröstet. Um das nach wie vor akute Thema wieder auf die erste Seite der Medien und der politischen Agenden zu holen, hat der Dachverband für Natur- und Umweltschutz im Mai im Brixner Priesterseminar eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Brenner-Autobahn: Grenzwerte und Gesundheit - Wer trägt die Verantwortung?“ organisiert.



von links: Fritz Gurgiser, Adolf Engl, Klauspeter Dissinger und Armin Wisthaler

In seiner Begrüßung zum Informations- und Diskussionsnachmittag wies **Klauspeter Dissinger** darauf hin, dass auf Südtiroler Seite nach wie vor eindeutig zu wenig für den Umwelt- und damit Gesundheitsschutz der Bevölkerung entlang der Autobahn getan wird. Die Stickoxid-Konzentrationen im Umfeld der Autobahn liegen konstant über den gesetzlichen Grenzwerten, teils um das Doppelte. Sowohl der Autobahnbetreiber als auch die Politik tragen eine Mitverantwortung, wenn bewusst Grenzwerte ständig überschritten werden und trotzdem nichts gegen diese Gesundheitsgefährdung unternommen wird. Daher forderte Klauspeter Dissinger zum Schutz der lärm- und abgasbelasteten Anrainer eine Mautanpassung zur Verhinderung von Umwegver-

kehr, ein Nachfahrverbot für Lkws, sektorales Lkw-Fahrverbot für den Transport von Müll, Schüttgut, Rundholz etc., Einhausungen in den Stadtbereichen und Geschwindigkeitskontrollen durch einen „Tutor“. Diese in Nordtirol und teils auch auf norditalienischen Autobahnen bereits implementierten Vorschläge wurden sowohl von der Landesregierung als auch von der A22 immer wieder ignoriert oder abgelehnt, mit Verweis auf den uneinsichtigen Sündenbock ANAS. Dabei hätte die A22 einen Teil ihrer Gewinne längst auch ohne Verpflichtung durch die ANAS in die genannten Maßnahmen investieren können, wenn sie gewollt hätte.

In ihren Vorträgen beleuchteten die geladenen Referenten die Thematik von verschiedenen Seiten. So präsentierte

Armin Wisthaler, Umwelt-Physiker an der Universität Innsbruck, eindruckliche Zahlen zum Lkw-Aufkommen auf der A22, der Ausbreitung und Verweildauer von Schadstoffen in Alpentälern sowie zu den über 40 giftigen und 15 krebserregenden oder vermutlich krebserregenden Substanzen, welche in Lkw-Abgasen zu finden sind. Im zweiten Teil seines Vortrages ging er auf die von der europäischen Kommission festgelegten Grenzwerte und die sehr erfinderischen Versuche des italienischen Umweltministeriums ein, die Überschreitungsgebiete, darunter auch die A22, aus den nationalen Aktionsplänen zur Erreichung dieser Grenzwerte auszuklamern. Der von der Umweltagentur erstellte Aktionsplan für Südtirol weist nämlich die gesamte Brenner-Achse als Überschreitungsgebiet aus (Anm. siehe Bericht auf Seite 6-7). Abschließend stellte er noch die Frage in den Raum, wie die Grenzwerte bis 2015 eingehalten werden sollen, wenn die italienische Regierung gleichzeitig einen ambitionierten Plan zum Ausbau des Autobahnnetzes vorsieht.

Fritz Gurgiser, Vorsitzender des Transitforums Austria-Tirol, ging in seinem Vortrag naturgemäß auf die Situation nördlich des Brenners ein, in dem er verschiedene Überschreitungspunkte entlang der Inntalautobahn vorstellte. Er betonte aber auch, dass das Engagement für ein lebenswertes Gebiet entlang der Autobahn nicht an den Grenzen Halt machen dürfe, sondern dass mit einer Stimme von Rosenheim bis Verona für die Einhaltung der Grenzwerte und den Schutz der Gesundheit gesprochen und gekämpft werden müsse. Er bezeichnete die Ist-Situation als einen „Akt politischer Gewalt gegen unsere Gesundheit, unsere Wirtschaft und unseren Lebensraum“. Fritz Gurgiser machte auch deutlich, dass wir uns vom BBT nichts versprechen dürfen, da die Eröffnungen der Eisenbahnumfahrung Innsbruck 1994 und der Unterinntal-Trasse

2012 zu keinerlei Verlagerungseffekten geführt haben. Er stellte abschließend fest: „Wenn wir unsere Verantwortung gegenüber der nächsten Generation wahrnehmen wollen, müssen wir handeln, denn es gibt viel zu viele, die längst mit der Motorsäge an dem Lebensast sägen, auf dem wir alle sitzen.“

Adolf Engl, Facharzt für Allgemeinmedizin, ging in seinen Ausführungen vor allem auf die Frage ein: Gibt es wissenschaftliche Beweise, dass die Belastung durch verkehrsbedingte Luftverschmutzung und durch den Lärm die Krankheitshäufigkeit erhöhen und die Lebenszeit verkürzen kann?

Fazit: Durch große epidemiologische und experimentelle Studien und Metaanalysen derselben ist eindeutig eine Zunahme der Erkrankungen der Luftwege, Herz-Kreislaufkrankungen, Depressionen, Schlafstörungen und bestimmter Krebsarten dokumentiert. Stärker betroffen sind Kinder und ältere Menschen. Auch eine Lebenszeitverkürzung scheint erwiesen zu sein. Dieselelabgase sind 2012 von der WHO als krebserzeugend eingestuft worden.

Nicht zu vergessen dabei sei die soziale Dimension, da entlang der stark verkehrsbelasteten Routen in der Regel sozial schlechter situierte Menschen leben. Diese können sich einen Wohnortwechsel kaum leisten und müssen so schon von vornherein mit einem höheren Krankheitsrisiko leben.

Der ebenfalls zur Podiumsdiskussion eingeladenen Prof. **Walter Obwexer**, Europarechtsexperte an der Universität



Innsbruck, musste leider kurzfristig aufgrund einer Terminkollision absagen, stellte dem Dachverband aber eine schriftliche Stellungnahme zu vorab aufgeworfenen Fragen im Zusammenhang mit den rechtlichen Aspekten des Themas zur Verfügung. Dabei unterstrich er, dass auch bei der Gesundheitsgefährdung durch den Transitverkehr das Verursacherprinzip gilt und dass das europäische Recht jeden Staat dazu verpflichtet, geeignete Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit zu treffen. Auch zur Frage der Klagelegitimation gibt es eine eindeutige Antwort des Fachmannes. Klage berechtigt sind demnach die unmittelbar betroffenen Anrainer, zu klagen ist der Staat bzw. das Land Südtirol, zuständig sind die innerstaatlichen Gerichte, die sich an den EuGH wenden können bzw. - als letztinstanzlich entscheidendes Gericht - wenden müssen. Abschließend erörterte Walter Obwexer die Abwägung der Prioritäten Gesundheitsschutz und freier Warenverkehr, indem er feststellte, dass der Schutz der Gesundheit als Grundrecht auf derselben Stufe wie der freie Warenverkehr steht. Nach jüngster Rechtsprechung des EuGH hat der Gesundheitsschutz unter den möglichen Rechtfertigungsgründen den höchsten Rang und kann daher weitreichende Beschränkungen des freien Warenverkehrs erlauben.

Im zweiten Teil der Veranstaltung kam die Zuhörerschaft zu Wort und konnte mit den anwesenden Referenten diskutieren bzw. eigene Stellungnahmen zum Thema einbringen. Nach einem eher verhaltenen Beginn entwickelte sich bald eine angeregte Diskussion, die nach einer guten Stunde in den Vorraum verlegt wurde, wo ein köstliches regionales Bio-Buffer auf die TeilnehmerInnen wartete.

Der Dachverband wird die im Zuge dieser Veranstaltung gewonnenen neuen Erkenntnisse in seiner Arbeit einfließen lassen und das Thema Mobilität und Transit auch in nächster Zeit weiter thematisieren.

ANDREAS RIEDL

Mehr Information unter <http://www.umwelt.bz.it/aktuelles/neuigkeiten/brenner-autobahn-grenzwerte-und-gesundheit.html>



Stickoxidbelastung Hauptemissionsquelle A22

In der Diskussion um die Gesundheitsgefährdung entlang der Autobahn aufgrund der Emissionen durch den Verkehr in Form von Lärm, Schadstoffen und Feinstaub wird der öffentlichen Verwaltung manchmal Untätigkeit vorgeworfen. Zu Unrecht, zumindest was die Untersuchungen im Zusammenhang mit der Stickstoffdioxid-Belastung (NO₂) anbelangt. Hier hat die Landesumweltagentur im Programm zur Reduzierung der NO₂-Belastung im Rahmen des Luftqualitätsplans der Autonomen Provinz Bozen umfangreiche Untersuchungen entlang der Autobahn durchgeführt, Modelle erstellt und einen Hauptverursacher ganz klar identifiziert: die Brennerautobahn.

Notwendig gemacht hat diese Untersuchung die EU-Richtlinie 2008/50/EG, welche vorsieht, in NO₂-Überschreitungsgebieten Pläne und Maßnahmen auszuarbeiten, um spätestens 2015 den gültigen Jahresmittelgrenzwert von 40 µg/m³ einzuhalten. Die Ergebnisse der Untersuchungen sind dabei recht eindeutig und die davon abgeleiteten Forderungen schlüssig. Ganz klar wird dabei die Brennerautobahn als Hauptemissionsquelle in Südtirol identifiziert. Der Plan stellt dabei grundsätzlich fest: *Das Überschreitungsgebiet entlang der A22 (ohne die Städte Bozen und Brixen) erstreckt sich in Südtirol auf einer Länge von 116 km und einer Breite von zirka 420 Metern entlang der Brennerautobahn. Die Fläche des Überschreitungsgebietes beträgt 94 km² und beinhaltet eine Reihe von Wohn- bzw. Arbeitsorten bei einer betroffenen Bevölkerung von circa 9200 Personen.*

Überschreitungsgebiet in Südtirol

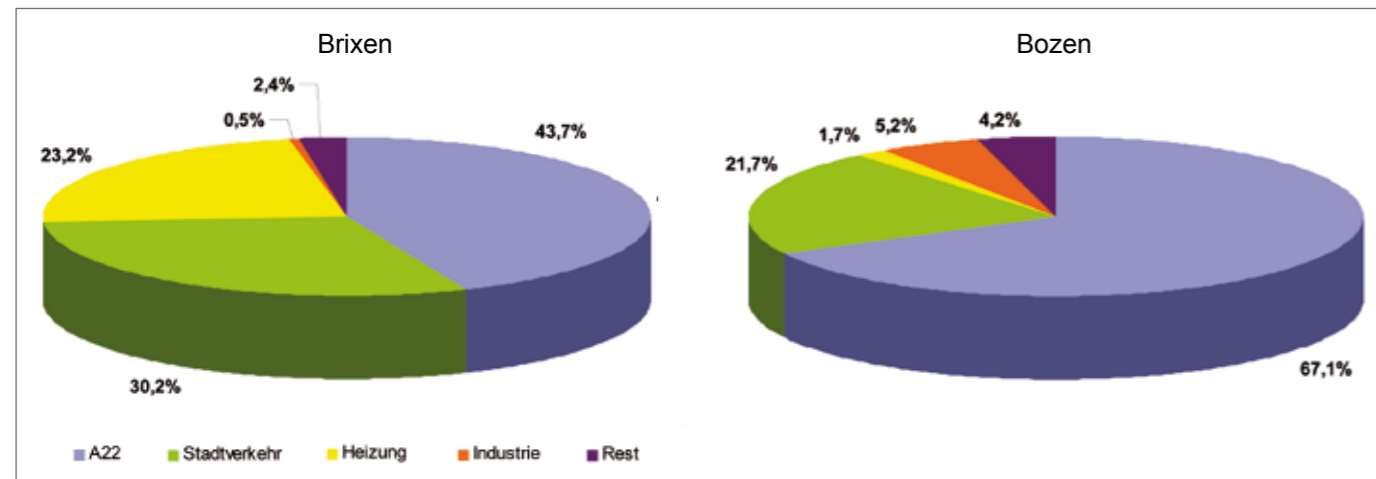
Damit ist die gesamte Autobahn vom Brenner bis nach Salurn sowie ein mehrere hundert Meter breiter Streifen entlang der gesamten Strecke ein sogenanntes Überschreitungsgebiet. Es wurden entlang dieser Strecke drei repräsentative Punkte ausgewählt um vertiefende Untersuchungen durchzuführen, und zwar ein Punkt in der Gemeinde Neumarkt mit einer Entfernung von 10 Meter zur Fahrbahn, einer in der Gemeinde Feldthurns/Fraktion Schrambach, an welchem sich die ortsfeste Messstation AB1 in einer Entfernung von 8 Meter zur Fahrbahn befindet, sowie ein dritter Punkt in der Gemeinde Sterzing mit einer Entfernung von 28 Meter zur Fahrbahn. Dabei zeigte sich, dass an den beiden Punkten Feldthurns und Sterzing die Jahresmittelwerte mit 67 µg/m³ ak-



Das Überschreitungsgebiet entlang der Brennerautobahn (A22)

tuell über den zulässigen Übergangsgrenzwerten (bis 2015) von 60 µg/m³ liegen. Am Messpunkt in Neumarkt wird der ab 2015 geltende Grenzwert von 40 µg/m³ sogar aktuell mit einem gemessenen Mittelwert mit 83 µg/m³ um das Doppelte überschritten. Die an den Messpunkten durchgeführte Verursachermanalyse an den Beurteilungspunkten ergab als Emissionsquelle zu 70 bis 80% die Autobahn. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass man bis

Grafiken: entnommen aus Luftqualitätsplan der Aut. Provinz Bozen



Prozentueller Anteil der einzelnen Sektoren an der Gesamtkonzentration am Beurteilungspunkt Brixen (links) und Bozen (rechts)

2015 die geforderten Grenzwerte auch dann nicht einhalten kann, wenn alle anderen Emissionsquellen an diesen Messpunkten komplett eliminieren würden. Bereits hier wird deutlich, welchen großen Einfluss der Autobahnverkehr auf die Emissionsproblematik in Südtirol hat und dass mittel- bis langfristig kein Weg daran vorbeiführt, den Verkehr auf der Straße signifikant einzuschränken.

In den Ballungszentren entlang der Autobahn, namentlich in Bozen und Brixen, ist die Situation etwas komplexer, da neben den Emissionen der A22 ja noch der Stadtverkehr sowie weitere Quellen NO₂ emittieren. Wie hoch ist die Belastung also in den Städten und welchen Anteil daran hat die Autobahn? Auch dieser Frage ist die Studie nachgegangen und kommt zu folgenden Ergebnissen: *In Bozen werden die 40 µg/m³ auf einer Fläche von zirka 3,4 km² überschritten. Von der Überschreitung sind an die 25.000 Personen betroffen. Die höchsten Werte treten auch hier entlang der Brennerautobahn auf.*

Dies bedeutet, dass in Bozen ein Viertel der Bevölkerung betroffen ist. Von den in der Stadt verteilten Messpunkten weist jener in unmittelbarer Nähe der Autobahn mit 62 µg/m³ den höchsten Wert auf. Zudem zeigt sich eindeutig, dass die Autobahn an allen Emissionsquellen den höchsten Anteil hat.

In Brixen sieht die Bilanz leider noch negativer aus. Dort sind gut ein Drittel der Bevölkerung von Grenzwertüberschreitungen betroffen, wie der Plan feststellt: *In Brixen werden die 40 µg/m³ auf einer Fläche von zirka 1,3 km² überschritten. Von der Überschreitung sind an die 6000 Personen betroffen.*

Und obwohl in Brixen auch abseits der Autobahn entlang der Staatsstraße SS12 Überschreitungsituationen auftreten, wird eindeutig festgehalten, dass die höchsten Werte (71 µg/m³) auch hier entlang der Brennerautobahn auftreten. Zudem ist in Brixen die Zuordnung der Emissionen anhand der Verursachermanalyse noch eindeutiger.

Zwei Szenarien

Im zweiten Teil des Planes werden zwei Modelle für das Jahr 2015 simuliert.

Zum einen das sogenannte „business as usual“, welches die Luftsituation unter

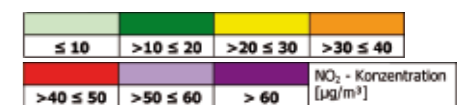
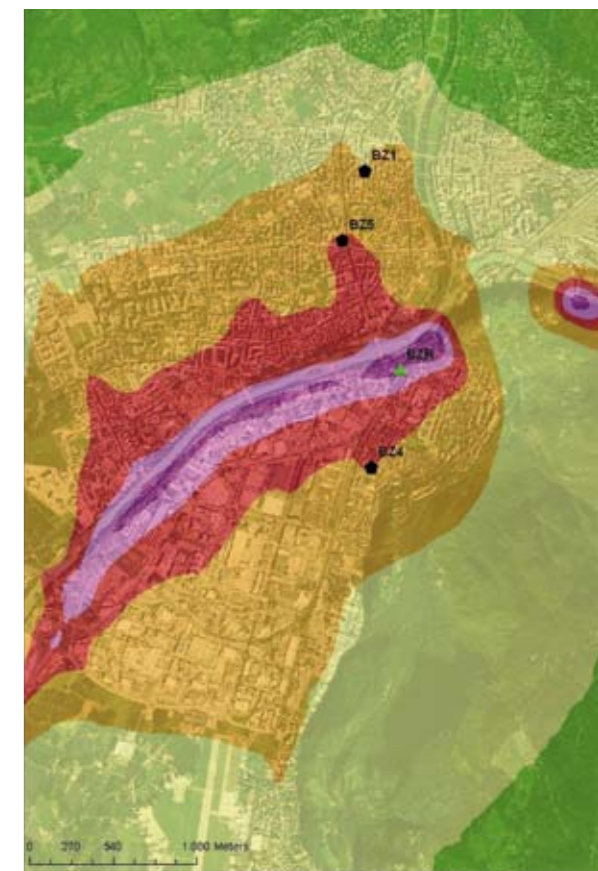
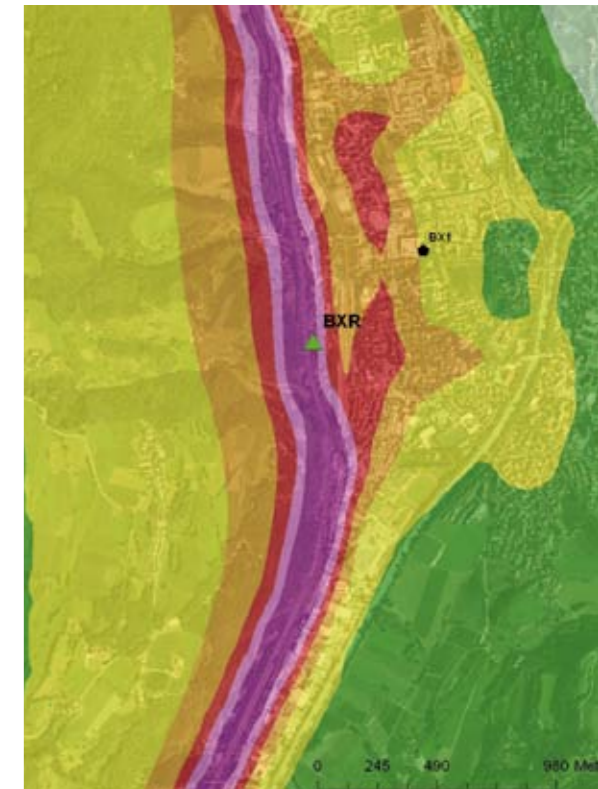
Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung und des technologischen Fortschritts auf das Jahr 2015 projiziert.

Das zweite Szenario ergänzt das erste Szenario mit zusätzlichen, auf lokaler Ebene beschlossenen Maßnahmen. Zu den untersuchten Maßnahmen gehören etwa landesweit die Verringerung der Emissionen von häuslichen Feuerungsanlagen, sprich Holzherde und Kachelöfen, die Reduzierung des Heizwärmebedarfs von Wohngebäuden durch energetische Sanierung und entsprechende Vorschriften beim Neubau, die gesetzliche Verringerung der Emissionen von leistungsstarken Blockheizkraftwerken sowie die Erneuerung des Fuhrparks des öffentlichen Personennahverkehrs. Auch die punktuellen Projekte wie der Bau der neuen Müllverbrennungsanlage in Bozen und der Bau der Westumfahrung von Brixen werden auf ihre Wirkung zur Reduzierung der NO₂-Belastung hin untersucht. Außerdem kommen noch Verkehrsbeschränkungen, der Ausbau des Fernheiznetzwerkes und andere Maßnahmen zur Sprache.

Allerdings kommt die Studie in ihrer abschließenden Betrachtung zum Schluss, dass alle aufgelisteten Maßnahmen zwar dazu beitragen können, die Stickoxid-Belastung zwar zu verringern, dass aber zur Erreichung des NO₂-Grenzwertes von 40 µg/m³ im Jahre 2015 eine Reduzierung der Emissionen des Autobahnverkehrs von 40 bis 50%, nötig ist. Dieses Ziel scheint nur durch Verringerung des Verkehrs erreichbar.

Die Studie kommt also ganz klar zum Schluss, dass alle Maßnahmen abseits der Autobahn zwar spürbar sind, die Grenzwerte aber nur einzuhalten sein werden, wenn die Verkehrsbelastung auf der Autobahn gegenüber heute halbiert wird. Dass dies nicht freiwillig geschieht, liegt auf der Hand. Daher adressiert der Dachverband für Natur- und Umweltschutz seine Forderungen nach Mautanpassungen, sektoralen Fahrverboten und der Einführung von innovativen Instrumenten wie beispielsweise einer Alpentransitbörse bereits seit Jahren an die Politik. Bisher ist leider noch zu wenig passiert, aber spätestens 2015 wird auch der Druck aus Brüssel wachsen.

ANDREAS RIEDL



NO₂-Konzentrationen 2009 des Überschreitungsgebietes Brixen (oben) und Bozen (unten), (Fläche > 40 µg/m³)



Foto: Forstverein NWR

Der Thierberg im Norden von Kufstein erstreckt sich über die Staatsgrenze zwischen Österreich und Deutschland, liegt aber zum allergrößten Teil in Tirol.

Naturwaldreservate für die Zukunft

Naturwaldreservate sind Waldflächen, die für die natürliche Entwicklung des Ökosystems Wald bestimmt sind und in denen jede unmittelbare menschliche Beeinflussung, wie die Holznutzung, aber auch der Bau jagdlicher Einrichtungen, unterbleibt. Naturwaldreservate sind ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung und natürlichen Entwicklung der Artenvielfalt und des genetischen Spektrums unserer Wälder. Sie dienen der Forschung, Lehre und Bildung.

Naturnaher Waldbau

Das österreichische Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft startete bereits 1996 ein Programm zur Einrichtung eines für alle Waldgesellschaften re-

präsentativen Netzes von Naturwaldreservaten. Rund 10.000 Hektar Reservatsfläche sollen so österreichweit außer Nutzung gestellt werden. Dieses Netz dient auch der Erhebung von Grundlagen für die Weiterentwicklung eines ökologisch orientierten, naturnahen Waldbaus. Hauptaugenmerk liegt auf der repräsentativen Erfassung der potenziellen natürlichen Waldgesellschaften.

Dabei verpflichten sich Waldeigentümer, alle eigenen Nutzungen zu unterlassen (mit Ausnahme der Bejagung) und sie werden für den wirtschaftlichen Entgang und den Betreuungsaufwand entschädigt.

3.000 Hektar Wald außer Nutzung

Das Land Tirol und der Tiroler Forstverein haben dieses Naturwaldreservate-Programm von Beginn an unterstützt. Bisher konnten durch die Arbeit der *Gruppe Forst* zirka 3.000 Hektar Tiroler Wald außer Nutzung gestellt werden. Diese Waldflächen werden künftig der natürlichen Entwicklung überlassen. Das bedeutet, dass Tirol derzeit rund ein Drittel der österreichweit geplanten Fläche abdeckt und auch die entsprechenden Entschädigungsgelder nach Tirol fließen. Als Besonderheit gilt dabei das neue Reservat *Trögerwand* in der Gemeinde Nikolsdorf in Osttirol mit seinen kleinflächig vorhan-

denen Hopfenbuchen- und Mannaeschen-Beständen. Es liegt zwischen 720 und 1220 m Seehöhe und umfasst eine Fläche von 33,04 Hektar.

Tiroler Waldeigentümer machen mit

Zusätzlich zu diesem Programm hat der Tiroler Forstverein mit verschiedenen Waldeigentümern Vereinbarung über Naturwaldreservate abgeschlossen. Mit dieser Initiative werden in Tirol weitere 80 Hektar Waldfläche außer Nutzung gestellt. Nach den vorbereitenden Arbeiten (Vorbegutachtung und Prüfung) konnten bis jetzt insgesamt 24 Verträge mit Tiroler Waldeigentümern abgeschlossen werden. Die Beteiligung der Waldeigentümer erfolgt auf freiwilliger Basis.

Wie geht 's weiter?

Das Naturwaldreservate-Programm wird weitergeführt und gezielter nach sehr seltenen Waldgesellschaften ausgerichtet. Die *Gruppe Forst* wird so versuchen, in enger Zusammenarbeit mit den Bezirksforstinspektionen und den Waldeigentümern weitere Reservatsflächen bereitzustellen.

ARTUR PERLE
ABTEILUNG FORSTPLANUNG

Weitere Information unter
www.tirol.gv.at/themen/umwelt/wald/naturschutz/naturwaldreservate/

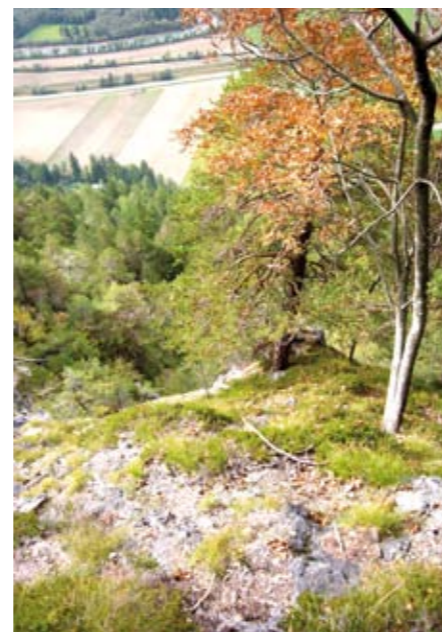


Foto: Markus Wallner

Hopfenbuchen- und Mannaeschen-Bestand im neuen Naturwaldreservat Trögerwand in Osttirol

Naturwaldreservate Warum nicht auch in Südtirol?

Rund die Hälfte der Südtiroler Landesfläche ist bewaldet. Der Großteil davon weist einen hohen Natürlichkeitsgrad auf, wie die sogenannte *Hemerobie*-Studie Ende der 90er Jahre als Ergebnis erbracht hat. Es mag demnach etwas verwunderlich wirken, dass bis heute keine Naturwaldreservate in Südtirol ausgewiesen worden sind. Im Artikel 13, Buchstabe o) der Durchführungsverordnung zum Südtiroler Forstgesetz (DLH 29/2000) würde man ebenfalls die rechtlichen Voraussetzungen für eine solche Ausweisung finden: „Ein Netz von Waldschutzgebieten, auch mit bewusstem Nutzungsverzicht, wird ausgewiesen.“

Rahmenbedingungen

Die Ausweisung von Naturwaldreservaten ist allerdings an einer Reihe von

Rahmenbedingungen zu koppeln, die bis dato in Südtirol nicht ohne Weiteres gegeben sind:

- keine unmittelbare Beeinflussung der natürlichen Entwicklung des Ökosystems Wald auf einer Fläche zwischen 10 bis 50 Hektar,
- Identifikation und formelle Willenserklärung des Waldeigentümers zu seinem Naturwaldreservat und dem damit gekoppelten Nutzungsverzicht,
- Abgeltung der Außer-Nutzung-Stellung durch die öffentliche Hand,
- Abgrenzung der Fläche in der freien Natur, u.a.m.

Bis heute gibt es in Südtirol nur einzelne Waldbestände, in denen die Thematik Naturwaldreservat bzw. Naturwaldzelle vertieft und erprobt wird. So wurden in

Zusammenarbeit mit der Universität von Padua in einem seit 30 Jahren nicht mehr genutzten Waldbestand im Fraktionswald der Eigenverwaltung Eggen aufwändige Bestandsanalysen durchgeführt, um wissenschaftliche Rückschlüsse auf die natürliche Entwicklung von solchen nicht mehr genutzten Beständen zu erhalten. Weiters hat sich die Forstverwaltung der Diözese bereit erklärt, einen sehr naturnahen Waldbestand im Waldkomplex St. Jakob/Grissian in der nächsten Zukunft nicht mehr forstwirtschaftlich zu nutzen.

Waldtypisierung

Ein landesweit angelegtes Projekt, in welchem Naturwaldreservate bzw. Naturwaldzellen in Südtirol ausgeschieden und ausgewiesen wurden, gibt es bis heute nicht. Dies auch aufgrund der forstpolitischen Zielsetzung, die Bereitstellung von öffentlichen Fördermitteln nur für aktive Waldbehandlungsmaßnahmen vorzusehen.

Mit dem Projekt *Waldtypisierung*, in welchem die potentiellen Waldtypen flächendeckend in Südtirol zwischen 2001 und 2007 erhoben worden sind, wurden aber ideale Grundlagen ausgearbeitet, um bei Interesse eine solche Ausscheidung umsetzen zu können.

Was der Grundidee einer Außer-Nutzung-Stellen von Waldflächen praktisch gleich kommt, ist der hohe Anteil an Hochgebirgswäldern in Südtirol, in denen keine forstwirtschaftliche Nutzung passiert. Diese Waldbestände sind de facto überall in Südtirol anzutreffen, sind aber nicht eigens als Naturwaldreservate ausgewiesen.

GÜNTHER UNTERTHINER
AMT FÜR FORSTPLANUNG

Weitere Information zur Naturwaldzelle Obereggen unter
<http://www.provinz.bz.it/forst/themen/studien-projekte.asp>

Foto: Gisele Dierl





Foto: Gianni Bodini

Wie sicher sind Pflanzenschutzmittel im Obstbau?

Am 18. Juni organisierte der Südtiroler Bauernbund in Prad am Stilfserjoch eine Informationsveranstaltung zum Thema: **Wie sicher sind Pflanzenschutzmittel im Obstbau?**

Aufgrund der Aktualität der Thematik war der Raiffeisensaal in Prad bis zum letzten Platz gefüllt. Vielen Interessierten blieb daher nur, die Veranstaltung stehend mitzuerfolgen. Der Abend gliederte sich in zwei Blöcke. Im ersten Teil standen insgesamt drei Referate auf dem Programm. Als Referenten waren **Hermine Reich** von der EU-Behörde Lebensmittelsicherheit (EFSA), **Robert Wiedmer** vom Südtiroler Beratungsring und **Roland Zelger** vom Land- und Forstwirtschaftlichen Versuchszentrum Laimburg zu Gast. Zu der im zweiten Teil angesetzten moderierten Podiumsdiskussion war auch die Umweltschutzgruppe Vinschgau eingeladen. Diese ließ sich durch den Experten **Hermann Kruse**, Toxikologe an der Universität Kiel, vertreten. Dieser teilte sich das Podium mit Hermine Reich, Robert Wiedmer, **Michael Oberhuber**

vom Land- und Forstwirtschaftlichen Versuchszentrum Laimburg, **Karl Dietl** als Obmann des Verbandes der Vinschgauer Produzenten für Obst und Gemüse VI.P sowie dem Gastgeber **Andreas Tappeiner**, Vinschgauer Bezirksobmann

des Südtiroler Bauernbundes. Die durchaus lebhaft offene Publikumsdiskussion mit den Teilnehmern am Podium moderierte **Eberhard Daum**.

Im Folgenden werden die wesentlichen Aussagen des Toxikologen Hermann



Fotos: Umweltschutzgruppe Vinschgau

von links: Andreas Tappeiner, Michael Oberhuber, Karl Dietl, Moderator Eberhard Daum, Hermine Reich, Hermann Kruse, Robert Wiedmer

Kruse dargestellt, an den viele Fragen aus dem Publikum gerichtet waren.

Eberhard Daum: *Möchten Sie als Toxikologe eine kurze Bewertung der drei Referate vornehmen?*

Hermann Kruse: Ich habe einige kritische Anmerkungen zu machen, was die Herleitung der Grenzwerte für die Sicherheit der Lebensmittel angeht. Bei der Herleitung der Grenzwerte werden sehr viele Dinge nicht berücksichtigt. So die Mischexpositionen: Hier geht es um die Exposition aus vielen anderen Quellen wie Innenraumluft, Außenschadstoffe usw. Außerdem werden bei den Studien, die zur Bewertung herangezogen werden, nicht hinreichend epidemiologische Erkenntnisse zu den einzelnen Stoffen berücksichtigt. D.h. zu den Schadstoffen gibt es nicht nur Tierexperimente, sondern auch Erkenntnisse hinsichtlich der gesundheitlichen Risiken in der Bevölkerung, das muss mehr berücksichtigt werden.

Frage aus dem Publikum: *Die EFSA hat laut Zeitungsberichten und Aussagen des EU-Rechnungshofes ein zu großes Nahverhältnis zur Agrarchemie und zur Lebensmittelindustrie. Gibt es in der EU eine unabhängige Institution, die frei von solchen Einflüssen Risikobewertungen im Lebensmittelbereich vornimmt?*

Hermann Kruse: Als freie Wissenschaftler versuchen wir so zu arbeiten, dass die Gesundheit der Bevölkerung tatsächlich geschützt ist. Wir ziehen Dinge in Betracht wie Mischexpositionen, Untersuchungen an Menschengruppen usw. Daraus leiten die Hochschulangehörigen ihre Schlussfolgerungen ab und geben Empfehlungen, frei von Bindungen, welche Grenzwerte eingehalten werden sollen. Diese Grenzwerte sind in der Regel niedriger als die Grenzwerte, die von der EFSA angegeben werden. Uns liegen keine üppigen Literaturangaben vor wie der EFSA. Es gibt häufig geheim gehaltene Literatur über die Stoffe, zu der wir keinen Zugang haben.

Hermann Kruse zur Abdrift: Hier sehe ich auch ein ganz wesentliches Problem bei der Bewertung der Pflanzenschutzmittel. Einmal ist der Bewuchs in unmittelbarer Nähe der Abdrift betroffen. Man sollte nicht vergessen, dass diese Stoffe wieder

in die Nahrungsnetze eingehen können, wenn man z.B. das Grünfütter oder das Heu verwendet. Ich habe einige Daten aus Heuproben vor Ort gesehen. Dass da z.B. einige Fremdstoffe im Milligramm-Bereich vorhanden waren, ist völlig unerträglich, wenn solche Stoffe wieder in den Nahrungsmittelkreislauf eingehen.

Wenn diese Substanzen ins Oberflächenwasser gelangen, ist das nicht ungefährlich. Bei einigen dieser Stoffe besteht die Möglichkeit der Bio-Akkumulation in den Nahrungsnetzen. Für Captan z. B. ist das ja schon nachgewiesen worden.

Ich habe auch gesehen, dass im Vinschgau an Orten, wo sich Kinder aufhalten, hohe Abdrift-Konzentrationen beobachtet werden. Das ist für mich unerträglich, denn gerade bei Kindern, die am sensibelsten auf diese Stoffe reagieren, muss man besonders vorsichtig sein.

Mit dem Fahrrad oder als Spaziergänger unterwegs zu sein, kenne ich aus eigener Erfahrung. Da habe ich oft mitten im Nebel gestanden. Das war überaus unangenehm.

Wenn man bestimmte Stoffe im Boden findet, dann muss dieser Stoff auch in der Luft gewesen sein, das ist ein großes Problem.

Eine Kombinationsfrage aus dem Publikum: *In Prad ist ein hoher Urangehalt im Trinkwasser zu beobachten, der mineralische Phosphatdünger enthält ebenfalls Uran. Wie kann sich dieser Giftcocktail zusammen mit Pflanzenschutzmitteln auf die Gesundheit auswirken?*

Hermann Kruse: Das Zielorgan für Uran ist die Niere, diese ist betroffen. Es gibt sehr wohl Expositionen über Pestizide, die die Nieren betreffen. Diese müssten berücksichtigt werden und in die Grenzwertbetrachtung einfließen. Die EFSA ist nun dabei die Mischexpositionen zu bewerten. Dies muss zwangsläufig dazu führen, dass die Grenzwerte reduziert werden.

Frage aus dem Publikum: *Wie toxisch ist Chlorpyrifos?*

Hermann Kruse: Die Toxizität von Chlorpyrifos ist weitgehend unterschätzt worden. Wir haben neuere Erkenntnisse zum Krebsgeschehen und außerdem neue Studien aus den USA. Dies hat dazu geführt, dass das Bundesamt für Risikobe-



Prof. Hermann Kruse

wertung in Deutschland eine Neubewertung im Hinblick auf die Grenzwertsenkung gefordert hat. Ich halte Chlorpyrifos für extrem gefährlich.

Frage aus dem Publikum: *Kann man Tomaten aus dem eigenen biologisch geführten Garten verzehren, wenn in der Nähe auf konventionell bewirtschafteten Flächen kurz vorher gespritzt wurde?*

Hermann Kruse: Das ist ein Ünding, wenn Sie Ihre Tomaten verzehren, obgleich kurz vorher auf dem benachbarten Grundstück Pestizide ausgebracht worden sind. Das kann es nicht sein.

Eine Stellungnahme aus dem Publikum thematisierte den Zusammenhang von Pestizidausbringung und Unfruchtbarkeit durch die Feststellung, dass Obstbauern mit Fruchtbarkeitsstörungen in einer Meraner Fertilitätsklinik nur außerhalb der Pestizidanwendungsperiode behandelt würden.

Hermann Kruse: Es ist keine Seltenheit, dass es zur Absenkung der Spermien-dichte bei Männern kommt, die im Pflanzenanbau tätig sind. Die Folge ist Unfruchtbarkeit.

Frage aus dem Publikum: *Welche Alternativen zu den chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln würden Sie sehen?*

Hermann Kruse: Ich sehe als Lösung den Verzicht auf die bedenklichen Pflanzenschutzmittel und die Förderung des biologischen Anbaus. Das versuche ich z.B. mit der Landesregierung von Schleswig-Holstein voranzutreiben.

UMWELTSCHUTZGRUPPE VINSCHGAU

<http://umweltvinschgau.wordpress.com>

Pestizide als Froschkiller?

Aktuell erlaubte Dosierungen von bestimmten Spritzmitteln töten bis zu 100% der exponierten Amphibien. Pestizide müssen vor ihrer Zulassung verschiedene Tests durchlaufen, unter anderem auch die Auswirkungen auf verschiedene sog. Modellorganismen wie Bienen, Fische oder Säugetiere. Bisher hat man von solchen Expositionsversuchen auf Amphibien abgesehen. Diese Tests müssten aber unbedingt auch auf Amphibien ausgedehnt werden, fordert nun ein deutsch-schweizerisches Forscherteam in ihrer Studie. Sie testeten sieben bekannte Pestizide und konnten zeigen, dass 40 bis 100% der Tiere bei den in der Landwirtschaft empfohlenen Dosierungen dieser Pflanzenschutzmittel sterben.

„Amphibien sind die am stärksten gefährdete Tiergruppe, sie verschwinden rapide aus verschiedenen Lebensräumen weltweit“, erklären Carsten Brühl von der Universität Koblenz-Landau und seine Kollegen. Dafür wurden bis dato vor allem Infektionskrankheiten, der Verlust von Lebensräumen und die zunehmende Konkurrenz mit eingeführten Arten angenommen. Zu den bekannten Ursachen müssen aufgrund der Ergebnisse der Studie nun auch die Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln gezählt werden. Es gäbe zwar Belege, dass diese Missbildungen und Entwicklungsstörungen bei Amphibienlarven hervorrufen können. Allerdings wurden die Folgen von Spritzmitteln auf erwachsene Frösche und Kröten bisher überraschenderweise kaum untersucht.

„32 der 75 in Europa vorkommenden Amphibienarten leben nach Angaben der International Union for Conservation of Nature (IUCN) vorwiegend auf landwirtschaftlich genutzten Flächen“, führt die Studie aus. Die auf den konventionellen Landwirtschaftsflächen in gängigen Dosierungen ausgebrachten Spritzmittel stellen daher eine ernsthafte Bedrohung für das Überleben der dort vorkommenden Frösche und Kröten dar. Dazu trägt auch

bei, dass Chemikalien von Amphibien bis zu hundertmal schneller über die Haut aufgenommen werden als von Säugetieren, da die Amphibienhaut überaus durchlässig für Wasser, Luft und viele chemische Verbindungen ist.

Tödliche Spritzmittel-Dusche

Brühl und seine Kollegen untersuchten in ihrer Studie die Wirkung von Pestiziden auf erwachsene Amphibien, indem sie am Europäischen Grasfrosch (*Rana temporaria*) sieben gängige Mittel, vier Fungizide (darunter auch das in Südtirol verwendete *Captan*), zwei Unkrautvernichtungsmittel und ein Insektizid, testeten. Dabei wurden die Frösche drei unterschiedlichen Dosierungen der Spritzmittel ausgesetzt, der auf der Packung empfohlenen Dosierung, einer zehnfach verdünnten sowie einer zehnfach stärkeren Spritzmittellösung.

Die Auswirkungen dieser Expositionstudie überraschte selbst die Wissenschaftler: „Die akute Mortalität für die empfohlene Dosierung reichte bei den verschiedenen getesteten Pestiziden von 100% Toten nach nur einer Stunde bis zu 40% nach sieben Tagen.“ Selbst bei der zehnfachen Verdünnung starben bei drei getesteten Pflanzenschutzmitteln immer noch 40%

der Tiere nach wenigen Tagen. Darunter auch bei *Captan*, das bei zehnfacher Verdünnung eine Mortalität von 40%, bei Standard-Dosierung eine Mortalität von 100% aufweist. Signifikante Unterschiede zwischen den verschiedenen Klassen der getesteten Pestizide gibt es dabei laut Forschern nicht. Das in dieser Versuchsanordnung giftigste Spritzmittel erwies sich ausgerechnet als eines der am weitesten verbreiteten, das Fungizid Headline. Dieses wird zurzeit bei 90 verschiedenen Nutzpflanzen weltweit eingesetzt - von Weizen in Kanada bis zu Sojabohnen in Argentinien.

Erstaunliche Wissenslücke

Mit einer dermaßen hohen akuten Mortalität bei Wirbeltieren bei der Verwendung von handelsüblichen Pestiziden bei gängiger Dosierung hatten selbst die Forscher nicht gerechnet. „Man sollte meinen, dass 50 Jahre nach Rachel Carsons Buch *„Silent Spring“* ausreichend Risikoabschätzungen und Testprozeduren existieren, um solche Effekte auszuschließen“, stellen Brühl und seine Co-Autoren fest.

Die Wissenschaftler kommen anhand der Ergebnisse ihrer Studie zum Schluss, dass die derzeit geltenden Bestimmungen für Risikotests von Pestiziden die Gefährdung von Amphibien in keiner Weise ausreichend berücksichtigen würden. Angesichts der jetzt festgestellten Giftigkeit dieser Mittel für Frösche und Kröten sei es naheliegend, dass die Rolle der Pestizide für das weltweite Amphibiensterben bisher gravierend unterschätzt worden sei, vor allem, wenn man die Ergebnisse in Relation zur großen Zahl der weltweit zugelassenen Pestizid-Produkte und den gewaltigen Mengen der auf den Landwirtschaftsflächen der Erde ausgebrachten Spritzmittel setzt, folgern die Forscher.

ANDREAS RIEDL

Die Studie zum Nachlesen: Carsten Brühl (Universität Koblenz-Landau) et al.: *Terrestrial pesticide exposure of amphibians: An underestimated cause of global decline?*



Am Grasfrosch wurde die Wirkung von Pestiziden getestet.

Foto: Ivan Plasinger

Unsere Bienen und die Pflanzenschutzmittel



Dass die Verwendung bestimmter Pestizide vor allem für Bienen sehr problematisch ist, dürfte spätestens seit den Diskussionen sowohl im benachbarten Österreich als auch auf EU-Ebene um das befristete

Verbot der Ausbringung von hochwirksamen Insektiziden aus der Gruppe der Neonicotinoide allgemein bekannt sein.

Daher haben verschiedene Imkerverbände, darunter auch der Südtiroler Im-

kerbund, anlässlich des 87. Internationalen Imker-Kongresses in Echternach (Luxemburg) vom 13. bis 16.09.2012 folgende Resolution unterzeichnet und verabschiedet:

„Zusammenhängender Lebensraum: NATUR BIENE MENSCH“

Resolution der Imkerverbände

Bienen leben in einem offenen System. Ein Bienenvolk beweidet mindestens 30 Quadratkilometer. In dieser Fläche befinden sich auch viele landwirtschaftliche Flächen. Die Bienen sind im Ökosystem unserer Landschaft unverzichtbar, da sie durch ihre Bestäubungsleistung zum Erhalt der Artenvielfalt in der Natur, zur Sicherung der Erzeugung gesunder Lebensmittel und zur Nahrungsgrundlage vieler anderer Lebewesen beitragen.

Intensive Landwirtschaft mit ihren Monokulturen schafft Mangelversorgung der Bienen und schadet ihrer Vitalität. Auch viele Pflanzenschutzmittel beeinträchtigen die Gesundheit der Bienen. Die Neonicotinoide, ganz spezielle Pflanzenschutzmittel, bekämpfen zwar Schädlinge, sie können aber auch Bienen töten und vor allem ihre Verhaltenseigenschaften beeinträchtigen, wodurch das komplexe System in einem Bienenvolk merkbar geschädigt wird. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat vor kurzem bestätigt, dass chronische Vergiftungen von Bienenlarven und von erwachsenen Bienen derzeit in Laborversuchen nicht bewertet werden. Die Menschen erwarten in der Natur Biodiversität, die Vielfalt von Pflanze und Tier. Massive Eingriffe in der Natur durch Verlust von Flächen, intensive Bewirtschaftung mit gefährlichen Pestiziden und fortschreitender Umbruch von Grünland verunreinigen Wasser und Boden und verursachen einen Rückgang von einer Vielzahl an Pflanzen und Tieren. Weltweit wird leider auch ein Rückgang an Bienenvölkern beobachtet.

Zur Verbesserung der Umweltsituation fordern deshalb die Imkerverbände:

- Schutz der biologischen Vielfalt durch eine Landwirtschaft mit ökologischen Vorrangflächen, die als Voraussetzung für eine Zahlung aus der 1. Säule durch die GAP-Reform ab 2013 geregelt ist;
- finanzielle Anreize für Landwirte zur Verbesserung der Agrarstruktur durch Anlage von Blühstreifen, Blühflächen, Hecken, Streuobstanlagen etc. im Rahmen von geförderten Agrarumweltmaßnahmen sowie insektenfreundliche Bewirtschaftung dieser:
 - A) Pestizid(Insektizid)verzicht im Abdriftbereich dieser Blühstreifen,
 - B) Häkelsung dieser Blühflächen außerhalb der Zeiten des Bienenbfluges;
- Anbau blühender Alternativpflanzen und Gemenge anstelle von Mais in der Biomasse-Erzeugung;
- finanzieller Ausgleich für Landwirte bei Landschaftspflegemaßnahmen;
- Entbürokratisierung der Fördervoraussetzungen ohne Gefährdung der Förderprogramme;
- ambitionierte nationale Aktionspläne zur Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln, die negative Auswirkungen auf Bienen, Pflanzen, Tiere, Böden, Gewässer und nicht zuletzt den Menschen haben;
- Verbot der Neonicotinoide und Entwicklung umweltverträglicher Pflanzenschutzmaßnahmen;
- intensivere und geeignetere Zulassungsprüfungen bei Pestiziden hinsichtlich der Bienenvolk-Verträglichkeit, insbesondere auch was die subletalen Effekte angeht;
- Verzicht auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen sowie verstärkte Nutzung heimischen Saatgutes.

Roger Dammé
Lëtzebuurger Landesverband fir
Beienzucht

Peter Mäske
Deutscher Imkerbund

Peter Mäske

Manfred Biedermann
Liechtensteiner Imkerverein

Engelbert Pohl
Südtiroler Imkerbund

Engelbert Pohl

Maximilian Liedlbauer
Österreichischer Imkerbund

Richard Wyss
Verein deutschschweizer und
rätoromanischer Bienenfreunde

Richard Wyss

Landwirtschaft in Südtirol Ein Beitrag zur Biodiversität?

Fotos: Thomas Wilhelm

Extensiv bewirtschaftete Bergwiese als Pool für Arten- und genetische Vielfalt (Wengen, Armentarawiesen)

Angeregt durch die Diskussion um den unablässig sich ausbreitenden Intensiv-Obstbau fühle ich mich angesprochen, ein paar Fakten zur Artenvielfalt (Biodiversität) in den Südtiroler Landwirtschaftsflächen darzulegen. Als Konservator für Botanik am Naturmuseum in Bozen bin ich unter anderem mit der Aufgabe betraut, die Flora von Südtirol und deren Veränderung in der Zeit zu dokumentieren. Wir verfügen mittlerweile über flächendeckende Verbreitungsdaten aus einigen Jahrzehnten intensiver Erhebungen und sind daher imstande, fundierte Aussagen darüber zu machen, wie es um die pflanzliche Vielfalt in Südtirol und im Speziellen in den landwirtschaftlich genutzten Flächen tatsächlich steht. Diesen Beitrag verstehe ich als Grundlage für die Diskussion, was unsere Landwirtschaft für den Erhalt der Biodiversität leistet und wie sie ihre Verantwortung für die Umwelt – sprich Natur und Gesellschaft – zukünftig wahrnehmen will. Im Folgenden möchte ich kurz auf die wichtigsten Landwirtschaftszweige eingehen.

Obstbau

Aus der Sicht des Botanikers sind geschlossene Apfelplantagen völlig uninteressant. Es dominieren 5 bis 10, in der Regel eingesäte Arten, die der mechanischen Belastung sowie der Düngung und Verdichtung des Bodens gewachsen sind. Selbst extensivere Randzonen, wie sie im Weinbau allenthalben zu finden sind, fehlen; damit besteht auch keine Chance, dass sich in den Flächen des Intensiv-Obstbaues etwas anderes als eine „verarmte Trivialflora“ entwickeln kann. Entsprechend dem geringen Angebot an Pflanzenarten ist natürlich auch die Insektenwelt stark

verarmt. Es sei an dieser Stelle auch auf die Studien von Innsbrucker Schmetterlingsfachleuten verwiesen: Diese stellen eine extreme Verarmung der Schmetterlingsfauna in jenen Bereichen des Vinschger Sonnenberges fest, in denen – bedingt durch die allgegenwärtige Thermik – Spritzmittel in die Trockenrasen verfrachtet werden.

Weinbau

Im Weinbau gibt es, wie man mir sagt, einen Trend zu einer zunehmend extensiveren Bewirtschaftung, insbesondere in der Anwendung von Spritzmitteln. Das hängt wohl mit der Weinkultur selbst und einem etwas anderen Qualitätsbegriff des Anbauproduktes zusammen als im (intensiven) Obstbau. Nichtsdestotrotz hat die moderne Bewirtschaftung der Rebflächen mit Planierungen, Einsaaten, dem Befahren und Mulchen der Mittelstreifen dazu geführt, dass die ursprünglichen „Weinäcker“ ihren Charakter verloren haben und ökologisch wie floristisch mittlerweile eher Wiesen gleichen: Typische (Wein)Acker-

arten, darunter Zwiebelpflanzen wie Gelbsterne und Milchsterne und eine Reihe von einjährigen Spezialisten, die nur auf offenen Böden ohne Konkurrenz durch Wiesenpflanzen ein Überleben finden (z.B. Acker-Steinsame), verschwinden zunehmend. An der Rebenbasis, wo sich die Bodenverdichtung in Grenzen hält, könnte die typische Weinbergflora eine Nische zum Überleben finden. Das Problem: Die Pflanzen sind Nahrungskonkurrenten („Zehrer“) zur Rebe und bieten Schädlingen einen Lebensraum. Sie müssen aus wirtschaftlichen Gründen daher entfernt werden und die einzige wirksame und gleichzeitig praktikable Methode – auch das sagt man mir – ist bislang der Einsatz von Totalherbiziden. Die typische „Weinbergflora“, entstanden in Jahrhunderten der Koexistenz mit der Rebe, droht damit völlig aus der Flora Südtirols zu verschwinden – ein Schicksal, das der Getreide-Begleitflora bereits ereilt ist. Gerade die Weinbauflächen, weil bevorzugt in wärme- und lichtbegünstigten Lagen, böten Lebensraum für viele selten gewordene



Großflächige Planierungen und Gülleeintrag im Berggebiet (Mals, Schliniger Alm)

Pflanzenarten, die andernorts keinen Lebensraum mehr finden.

Futterbau

Die Problematik im Futterbau ist hinlänglich bekannt: Durch zu hohe Viehbesätze (Großvieheinheiten pro Hektar), „Turbokühe“, zugekaufte Futtermittel usw. gibt es keine geschlossenen Kreisläufe mehr, sprich, es besteht ein enormer Überschuss an Mist. Bislang ist keine Lösung in Sicht. Mittlerweile sind wir schon so weit, dass Hochlagen und sogar Wälder für die Entsorgung von Gülle erhalten müssen. Die Folgen für die Flora sind eindeutig: Unsere Futterwiesen sind in der Regel zu stark gedüngt, um eine gewisse Artenvielfalt zuzulassen. Düngetolerante Pflanzen und solche, die frühes und häufiges Mähen ertragen, nehmen überhand. Meist sind das eingesäte kommune Arten („Allerweltsarten“). Auffallend ist, dass der Anteil (stark) überdüngter Flächen in den letzten Jahren stark zugenommen hat – von den Löwenzahn-Wiesen über die Kerbelwiesen bis hin zu den reinen Ampfer-Wiesen. Letztere bilden den Endpunkt der Degradation von Futterwiesen. Hier wird offenbar, dass die Wirtschaftsflächen zunehmend zur Deponie von Mist werden. Einen Futterwert haben solche „Wiesen“ jedenfalls nicht mehr. Neu ist, dass durch die konsequente Erschließung von Bergregionen auch dort die Trivialisierung der Wiesenflora Einzug hält: Durch Planierung, Einbringung ortsfremden Saatgutes und durch starke Düngung ereilt den Südtiroler Bergwiesen in Kürze dasselbe Schicksal wie den Talwiesen. Waren erstere bisher ein Pool der Biodiversität schlechthin (die Arten- und genetische Vielfalt betreffend),



Extensiv bewirtschaftete Bergwiese als Pool für Arten- und genetische Vielfalt (Reschen, „Pofelwiesen“)



Vordringen des Intensiv-Obstbaus in bislang wenig intensiv bewirtschaftete Regionen. Problem: Fehlende Pufferzonen zu naturnäheren Flächen und Schutzgebieten (Schluderns, Randbereich des Natura-2000-Gebietes „Schludernser Au“)

so ist es bedingt durch Intensivierung in Hofnähe einerseits und Verbrachung in Hofferne andererseits nur mehr eine Frage der Zeit, bis dieser Pool erlischt.

Eine (wenig) überraschende Tatsache in diesem Zusammenhang: Von den rund 600 als gefährdet eingestuftarten Arten der Flora Südtirols sind 41% durch Intensivierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft gefährdet. Davon betroffen sind in erster Linie Pflanzen feuchter Standorte sowie typische Wiesenarten von Standorten mit geringem bis mittlerem Nährstoffgehalt (Wilhelm & Hilpold 2006: Rote Liste der gefährdeten Gefäßpflanzen Südtirols. Gredleriana 6: 115-198). Im Trentino ist derselbe Anteil durch das Auflösen traditioneller Bewirtschaftungsweisen gefährdet (Prosser 2001: Lista Rossa della Flora del Trentino. Museo Civico di Rovereto.). Fazit: Auch wenn es dem Bauern ermöglicht wird, am Berg zu bleiben und seine Wiesen zu bewirtschaften – der Preis für die geförderte Landwirtschaft in Südtirol ist bei der derzeitigen Praxis eine zunehmende Gefährdung der Flora.

Persönliches Resümee

- Die oben besprochenen Landwirtschaftsflächen nehmen einen beträchtlichen Anteil der Südtiroler Kulturlandschaft ein. Für Biodiversität ist hier kein Platz. Im Gegenteil, ihr wird entschieden entgegen gewirkt und zwar aus folgenden Gründen: Die Bewirtschaftung ist generell zu intensiv, am Ende stellen sich wenige triviale „Allerweltsarten“ ein. Es fehlt das Angebot an Pufferzonen, d.h. Intensivflächen grenzen direkt an (potentiell) naturnähere Flächen wie Gräben, Hecken, Auwaldreste, Feuchtgebiete usw. und beeinflussen diese auf Dauer negativ. Es fehlen ökologische Ausgleichsflächen innerhalb der Landwirtschaftsbereiche, in denen sich Biodiversität entfalten kann. Gerade Imker beklagen zunehmend, dass den Bienen ihre Weiden abhanden kommen.
- Der Landwirt ist nicht a priori ein Landschaftspfleger, wie uns die politischen Bauernvertreter ständig erklären. Mit Landschaftspflege sollte nämlich ein verantwortungsbewusster Umgang mit natürlichen Ressourcen verbunden sein, was weder im intensiven Obstbau noch im Gülle belasteten Futterbau erkennbar ist. Das „Offenhalten“ einer Landschaft allein stellt noch keine (bäuerliche) Leistung und keine landschaftliche Aufwertung dar. Ein Appell ergeht an die Futterbauern, das Problem des Gülleüberschusses endlich von sich aus zu thematisieren, die Verantwortung dafür zu entwickeln und von der Politik Lösungen zu fordern! (Wenn schon an dem zu hohen Viehbesatz nicht gerüttelt werden kann!?)
- Gegen intensive Landwirtschaft ist nichts einzuwenden, sofern Böden, Was-

ser und die Gesundheit der Bevölkerung nicht gefährdet sind. Es ist aber ein Gebot der Stunde dafür zu sorgen, die intensiv bewirtschafteten Flächen „aufzulockern“ mit wenig intensiv bearbeiteten und naturbelassenen Flächen. Damit verbunden ist die Verpflichtung des Bauern zu ökologischen Ausgleichsflächen, für die er natürlich (wie für so vieles) von der Gesellschaft „entschädigt“ oder besser „belohnt“ wird.

- „Landschaftspflegeprämien“ (besser: Ausgleichszahlungen und Fördermittel zum Erhalt der Biodiversität) müssten in Zeiten wie diesen, auch wegen der zunehmenden Forderung der Europäischen Union nach konkreten Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität, noch stärkeres Gewicht erhalten. Das viel zitierte Argument, Bauern würden mit Landschaftspflegeprämien zu „Almosenempfängern“ degradiert, da sie produzieren und nicht Landschaftsgärtner sein wollen, ist wenig überzeugend: Die Milchwirtschaft, jener Bereich der Landwirtschaft in Südtirol mit dem wesentlichsten Beitrag zum Erhalt der Biodiversität, ist ohne Fördermittel ohnehin nicht überlebensfähig. Das Mehr, das durch übertriebene „Meliorierungsmaßnahmen“ und starke Düngung gerade am Berg erwirtschaftet wird, kann nie und nimmer die Kollateralschäden an der Natur wettmachen. Fazit: Fördern Subventionen massive Eingriffe in Natur und Landschaft, dann kommen sie eher Almosen gleich, als wenn sie gezielt für deren Erhalt zum Einsatz kommen. Der Bauer müsste das Selbstverständnis entwickeln sowohl Produzent (hochwertiger Produkte!) als auch Dienstleister für Umwelt und Natur zu sein.
- Regionalsaatgut ist zu fördern, denn: Neben der Artenvielfalt ist die genetische Vielfalt im Auge zu behalten. Das Thema ist unlängst im Obst- und Getreideanbau aufgebracht worden, es gilt umso mehr für die heimische Flora!

Letztlich ist es eine Frage, was uns als Gesellschaft Biodiversität wert ist und was wir dafür tun wollen. Zur Zeit bietet die Landwirtschaft kein gutes Beispiel: Zu sehr steht die Rationalisierung und Gewinnmaximierung über allem.

THOMAS WILHALM

Bedingungsloses Grundeinkommen für alle

Derzeit läuft zusätzlich zur „Europäische Bürgerinitiative gegen die Privatisierung des Trinkwassers“ auch eine „Europäische Bürgerinitiative für die Prüfung der Möglichkeiten zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle BürgerInnen in der EU“.

Grundeinkommens-Modelle

Da die Sozialgesetzgebung im Grunde nicht Sache der EU, sondern der einzelnen Mitgliedsländer ist, muss sich diese Unterschriftenaktion auf die Forderung nach Studien und nach einer Prüfung einzelner Grundeinkommens-Modelle beschränken. Mit dieser Initiative gelingt es:

- das bedingungslose Grundeinkommen erstmals EU-weit zu thematisieren,
- das Konzept in der Bevölkerung zu verbreiten und
- Grundeinkommens-Organisationen und ihre europäische Vernetzung zu stärken.

BefürworterInnen des bedingungslosen Grundeinkommens aus aktuell 20 Mitgliedsländern der Europäischen Union haben sich zusammengetan. Sie

nutzen das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative für ein ökosozialeres Europa. Bis **14. Januar 2014** werden in allen EU-Staaten Unterschriften für ein Grundeinkommen als Weg zu emanzipatorischeren sozialstaatlichen Rahmenbedingungen in Europa gesammelt. Eine Million Unterschriften braucht es. Im Internet unter www.basicincome2013.eu (dt - <http://basicincome2013.eu/ubi/de/>) findet man detaillierte Informationen und die Möglichkeit die Initiative anhand der „elektronischen Unterschrift“ zu unterstützen.

Langfristig ist es das erklärte Ziel, allen Menschen in der EU die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse zur Führung eines würdevollen Lebens gemäß den Vorgaben der EU-Verträge als individuelles Recht zu garantieren.

Überlegungen

Viele Leute tun sich mit der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle auf Anhieb recht schwer. Es scheint (bei oberflächlicher Betrachtung) eine reine Utopie zu sein. Ein Mindesteinkommen für die Ärmsten, damit können sich die meisten sofort anfreunden, aber bedingungslos und für alle, das geht vielen Leuten zu weit.

Wenn man aber etwas genauer hinschaut, wie kompliziert und wie aufwändig die Systeme der sozialen Mindestsicherung heute sind und wie viele Unterstützungsmaßnahmen seitens des Staates für fast alle BürgerInnen vom Kind über den Studenten und Arbeitslosen bis zum Rentner ergriffen werden müssen, und wenn man auch noch feststellen muss,

dass trotzdem sehr viele Menschen unter dem Existenzminimum leben, auch in Europa, dann kommen schnell Zweifel auf, ob der Sozialstaat in der derzeitigen Form nicht ausgedient hat.

Die zwei Haupteinwände gegen das bedingungslose Grundeinkommen lauten: Es ist nicht finanzierbar! Und: Dann arbeitet überhaupt niemand mehr! Es gibt inzwischen aber sehr viele gründliche Studien und auch schon einige praktische Erfahrungen, die aufzeigen, dass das bedingungslose Grundeinkommen nicht nur ein schöner Traum von einer besseren Welt ist, sondern durchaus eine „realisierbare Utopie“.

Wo ein Wille, da auch ein Weg, wo kein Wille, da 1000 Ausreden!

Die Fortschreibung der Vergangenheit ist aus mehreren Gründen bedenklich. Der Glaube an ewiges Wachstum ist ein Irrglaube. Bei laufender Steigerung der Produktivität in fast allen Bereichen ist die Forderung, dass alle arbeitsfähigen Menschen einer Lohnarbeit nachgehen müssten bzw. könnten, nicht nur eine Illusion, es wäre auch ein ökologischer Selbstmord. Unser Planet Erde verträgt diese Spirale des ständigen Wachstums (mehr Produktion, mehr Konsum und in der Folge mehr Wegwerfen) einfach nicht.

Paradigmenwechsel

Das Grundeinkommen würde einen Paradigmenwechsel einleiten und wäre eine Garantie, damit alle Menschen in Würde auf dieser Welt leben können. Es ist (politisch und ethisch betrachtet) eine Schande, dass ein Siebtel der Menschheit in extremer Armut leben muss und dass dieser Anteil zunimmt. Alle fünf Sekunden verhungert auf unserer Welt ein Kind unter zehn Jahren. Jean Ziegler schreibt, dass das kein Schicksal ist, sondern Mord, und dass die Reichen direkt und/oder indirekt daran schuld sind. So gesehen ist die Einführung des Grundeinkommens eine ethische Grundforderung.

Das Grundeinkommen müsste so hoch sein, dass jene, die nichts haben, also weder Arbeit noch Besitz, auch in Würde leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. In unseren Breitengraden gehen die Vorschläge von 1.000 bis 1.300

Euro pro Erwachsenen pro Monat aus. Die Finanzierung eines so hohen Grundeinkommens für alle ist allerdings nur bei einer radikalen Veränderung der Steuern möglich. Nicht die Arbeit, sondern vor allem der Konsum, der Wertzuwachs und der Luxus müssten bedeutend höher besteuert werden.

Es wäre genug für alle da. Noch nie in der Geschichte gab es so viel Reichtum. Allerdings, für die Gier einiger Weniger ist immer noch zu wenig da.

Die Steuern müssten mehr steuern!

Das ist auch eine ökologische Forderung. Mit der Besteuerung des Konsums, also mit einer differenzierten Mehrwertsteuer könnte man den täglich notwendigen Konsum niedrig belasten, den Konsum von nicht erneuerbaren Gütern aber hoch. Luxusgüter und der Konsum von Gütern, die besonders knapp sind, müssten sogar sehr hoch besteuert werden. Wer viel verbraucht, wer viel wegwirft und wer im Überfluss lebt, muss gebremst werden. Kostenwahrheit und eine Kontingentierung des Verkehrs, wie er mit der Alpentransitbörse vorgesehen ist, wären beispielsweise Maßnahmen, die genau hier ins Konzept passen.

Weltweites Netzwerk

Die Idee des Grundeinkommens ist nicht neu. Thomas Morus hat sich schon

vor 500 Jahren damit auseinandergesetzt. Die Diskussion hat in den letzten Jahren stark zugenommen. In vielen Staaten der Welt gibt es eigenständige Mitgliedsorganisationen von Befürwortern eines bedingungslosen Grundeinkommens, die aktiv innerhalb des weltweiten Netzwerkes BIEN organisiert sind. Nicht nur in der EU läuft die bereits erwähnte Bürgerinitiative, sondern auch in der Schweiz, wo derzeit erfolgreich mit einer Volksinitiative für das bedingungslose Grundeinkommen für alle geworben wird.

Noch ein Letztes!

Wenn alle so viel Geld vom Staat bekämen, dass sie ordentlich leben könnten, dann würden nur mehr Dumme arbeiten. So meinen gar manche. Zwei Fragen an die LeserInnen dieser Zeilen:

1. Würden Sie persönlich dann noch arbeiten? und
2. Warum werden heute so viele für die Gesellschaft wichtige Arbeiten gratis geleistet: Haushalt, Erziehung, Betreuung, Volontariat, künstlerische Tätigkeiten, ...?

SEPP KUSSTATSCHER



BIEN-weltweites Netzwerk:
http://de.wikipedia.org/wiki/Basic_Income_Earth_Network



VAI E VIA AKTIVREISEN

Wandern, Trekking,
Radfahren und Kultur

Wo Wandern mehr als eine trendige Freizeitaktivität ist, nämlich ein Stück Lebensgefühl, das evolutionsbedingt in uns gespeichert ist. Viele Wanderreisen führen wir mit öffentlichen Verkehrsmitteln durch. Bis 1500 km Entfernung erfolgt die An- und Rückreise prinzipiell mit der Bahn.

Dr.-Streiter-Gasse 24
39100 Bozen
Tel. +39 0471 301818
info@vaievia.com
www.vaievia.com



vaievia AktivReisen
www.vaievia.com

Regiogeld scec

Seit ein paar Monaten ist in einigen Ortschaften Südtirols, bisher besonders in Bozen und Leifers, neben dem Euro ein alternatives Zahlungsmittel im Umlauf, nämlich der scec.

Welcher Sinn steckt dahinter?

Gerade in Krisenzeiten ist es wichtig, kritisch und kreativ mit dem „lieben Geld“ und dem täglichen Konsum umzugehen.

Das Geld hat sich heute gewissermaßen verselbständigt und ist von seinem ursprünglichen Zweck, praktisches Tauschmittel zu sein, zum Selbstzweck geworden.

„Geld arbeiten lassen“, Geld horten und Geld gegen hohe Kredite verleihen stehen heute im Vordergrund, die Kontrolle über die Geld- und Finanzflüsse ist längst verloren.

Das Projekt Arcipelagoscec zielt genau in die entgegengesetzte Richtung: Der scec muss nicht teuer erworben werden, er hat keinen eigentlichen Geldwert, er kann aber gegenseitiges Vertrauen schaffen, die Kaufkraft der Konsumenten und Konsumentinnen steigern, Nachbarschaftshilfe bieten, die lokale Wirtschaft verknüpfen und stärken sowie noch vieles mehr.

Was ist ein scec?

Der scec ist ein **Gutschein**, der innerhalb einer Gruppe von Eingeschriebenen für Waren oder Dienstleistungen zusätzlich zum Euro ausgetauscht wird, wobei jeder den Prozentsatz an scec (üblicherweise von 10 bis 30%) selbst entscheidet.

Es gibt die Gutscheine im „Wert“ von 1/2, 1, 2, 5, 10 und 20 scec.

Wie kann ich mitmachen?

Die Einschreibung geht ganz einfach übers Internet auf www.arcipelagoscec.net. Jeder erhält mit der Einschreibung eine Anzahl von Gutscheinen (100 scec) geschenkt und kann sich für eine von zwei Möglichkeiten entscheiden:

- „AnnehmerIn - accettatore“ nimmt scec entgegen und gibt sie aus;
- „NutzerIn - fruitore“ gibt scec nur aus.

Als Gegenleistung für Organisation und Verwaltung bezahlen die „AnnehmerInnen“ pro Jahr 10 scec und 10 Euro, für die „NutzerInnen“ ist es vollkommen gratis.

Wo kann ich den scec einsetzen?

Arcipelagoscec ist in ganz Italien präsent; das Projekt ist von Finanzamt und der Agentur für Einnahmen als rechtmäßig überprüft worden. Es gibt regionale „Inseln“, die unterschiedlich stark ausgebaut sind. In Südtirol gibt es bisher ca. 60 Eingeschriebene, Tendenz steigend. Auf der Internetseite steht eine Liste mit den entsprechenden Mitgliedern und den Angeboten.

So kann man überprüfen, wer was in der Umgebung anbietet und nach der Ein-

schreibung und dem Abholen der Gutscheine dann zum Beispiel in diese Pizzeria oder jenes Geschäft gehen und einen Teil der Ausgaben in scec bezahlen. Die Geschäftsinhaber können wiederum andere Güter oder Dienstleistungen teilweise in scec einkaufen und so weiter und so fort. Natürlich funktioniert das System umso besser, je mehr Tauschwillige mitmachen und je differenzierter das Angebot wird. Ein Versuch lohnt sich auf jeden Fall!

Für mehr Information und Kontakt (in italienischer Sprache) und für die Ausgabe der Gutscheine steht Enzo del Fatto, der das Projekt von Salerno nach Bozen gebracht hat, über enzodelfatto@gmail.com gern zur Verfügung.

MARIA KERSCHBAUMER



Upcycling

Nella bottega "Il Ventaglio-Der Fächer" il riciclaggio diventa artigianato.

Ci sono oggetti che una volta usati non sono più riutilizzabili e finiscono di norma nella spazzatura. Il loro destino è il riciclaggio, in questo caso il valore dell'oggetto è pari al valore del materiale di cui è fatto. Nella peggiore delle ipotesi l'oggetto smesso finisce nell'inceneritore, così scompare, trasformato in cenere e gas; in questo caso il suo valore è zero.

Ci sono oggetti che una volta scartati, cadono nelle mani di artisti e vengono trasformati in opere d'arte (recycling art), altri finiscono nelle mani di persone particolarmente creative che li trasformano in nuovi manufatti artigianali che danno a questi materiali un nuovo valore e un nuovo destino. Questo è l'**upcycling**, la trasformazione di materiali senza alcuna valenza commerciale in nuovi prodotti, conferendo loro nuovo valore anche finanziario oltre che artistico.

L'upcycling è la filosofia che sta alla base del lavoro svolto in alcuni laboratori protetti dell'Azienda dei Servizi Sociali di Bolzano che offrono opportunità di lavoro a persone diversamente abili.

In particolare nel laboratorio protetto produttivo Roma le capsule esauste di alluminio colorato del caffè di una nota marca con l'aggiunta perline e fili vengono trasformati in anelli, collane, bracciali e tende donando loro in modo geniale nuova vita e nuovo valore. Nella stessa struttura con pezzi e cavi elettrici di

computer si realizzano collane, tavole calamitate per gli attrezzi, si riciclano anche logori jeans che vengono trasformati in originali tappeti.

Nel laboratorio protetto riabilitativo al lavoro *Il Ciliegio* si recuperano tubi di cartone, scartati dalle serigrafie e destinati al macero. Lavorati con abilità e inventiva vengono trasformati in belle lampade colorate e scatole rivestite di sabbie provenienti dai nostri monti. Da scarti di gomma piuma recuperati dai tappezzeri si fanno morbidi cuscini. Dai fondi di magazzino dei grossisti di stoffe si fabbricano borse, cuscini e sacchetti.

È possibile trovare questi oggetti e molto altro nella bottega Il Ventaglio-Der Fächer di via Vanga 33 a Bolzano che oltre quello mostrato nelle fotografie di questa pagina, vende a prezzi molto convenienti anche altri articoli da regalo costruiti con materiali nuovi. Tutti gli oggetti sono frutto del lavoro di persone con diversi gradi di disabilità, che con il loro impegno trasformano materiali senza forma e senza futuro in oggetti belli e utili.

ARGANTE BRANCALION

Laden „Der Fächer-Il Ventaglio“
Bozen, Wangergasse 33
Tel. 0471 976985, Öffnungszeiten:
MO-FR 8.30 bis 12; 13.30 bis 15.30 Uhr

Holzarbeiten, Schmuck, Papier- und Kartonarbeiten, Textilien wie Teppiche, Filz- und Stofftaschen, Kunsthandwerk, diese mit viel Liebe hergestellten handwerklichen Produkte aus den geschützten Werkstätten des Betriebes der Sozialdienste Bozen (BSB) gibt es im neuen Laden „Der Fächer-Il Ventaglio“.

Die zum Verkauf angebotenen Gegenstände werden in den Beschäftigungsgruppen und in den geschützten Werkstätten des BSB hergestellt, wo Menschen mit physischen, psychischen oder sozialen Problemen arbeiten. Wer in den Laden kommt, hat angesichts des reichhaltigen Angebots nur noch die Qual der Wahl. Die Eröffnung dieses Ladens bedeutet für die Menschen, die in den Werkstätten arbeiten, mehr als nur die gute Möglichkeit, die Erzeugnisse der eigenen Arbeit vorzuzeigen und zu verkaufen, sondern auch mit der „Außenwelt in Kontakt zu treten.“

Mehr Info in dt. unter www.sozialbetrieb.bz.it/de/1516.asp



Fotos: Initiative für mehr Demokratie



Für ein gutes Gesetz zur Direkten Demokratie

Auf zum ersten landesweiten Referendum gegen das SVP-Gesetz zur „Bürgerbeteiligung“, sonst können wir die Direkte Demokratie in Südtirol vergessen. „Jetzt entscheidet das Volk!“ und will mit neuem Volksbegehren, dass endlich das Bürgergesetz zur Direkten Demokratie zur Grundlage der Neuregelung gemacht wird. Je schwächer die Zeiten werden, umso wichtiger werden die Beteiligung und vor allem die Möglichkeit zum Mitentscheiden der Menschen in den öffentlichen Angelegenheiten.

Am 6. Juni 2013 hat die SVP-Fraktion im Landtag ihr Gesetz zur Bürgerbeteiligung im Alleingang verabschiedet. Nicht nur die gesamte Opposition im Landtag hat dieses Gesetz abgelehnt und der Koalitionspartner PD sich der Stimme enthalten, nicht nur die Initiative für mehr Demokratie, die sich nun schon seit 15 Jahren mit dieser Materie befasst und alle Organisationen, die sich mit ihr seit vielen Jahren für eine gute Regelung einsetzen, sondern auch weltweit anerkannte Fachleute stellen fest, dass damit zwar Beteiligung, aber nicht Mitbestimmung möglich ist (siehe Kasten 1).

REFERENDUM

58 Promotoren, darunter viele VertreterInnen der über dreißig unterstützenden Organisationen, haben deshalb am 4. Juli im Südtiroler Landtag den **Antrag auf Referendum gegen dieses Gesetz** eingereicht. Ausreichend viele BürgerInnen müssen sehr schnell diesen Antrag mit ihrer Unterschrift unterstützen, damit die Südtiroler Bevölkerung Anfang 2014 darüber abstimmen

kann, ob dieses Gesetz in Kraft treten soll oder nicht (siehe Kasten 2).

DIREKTE DEMOKRATIE VOLKSBEGEHREN

Zugleich will das Promotorenkomitee mit dem **Antrag auf Volksbegehren** den Gesetzentwurf, der in der Volksabstimmung 2009 von der überwältigenden Mehrheit der Abstimmenden angenommen worden war, wieder im Landtag einbringen. Er liegt jetzt in einer weiter verbesserten Version vor, die nun auch die Volksabstimmung über einfache Anregungen (nicht nur über Gesetzestexte) und die elektronische Unterschriftensammlung vorsieht.

Vor einem Jahr hatte die SVP-Führung es abgelehnt, in einer Volksbefragung das Volk zwischen den beiden Gesetzentwürfen wählen zu lassen. **Jetzt können wir mit der Sammlung von je 8.000 Unterschriften für das Referendum und das Volksbegehren bis 13. September** denselben Zweck erreichen.

Unsere Ziele sind:

- mit dem Referendum NEIN sagen zum SVP-Gesetz und
- mit dem Volksbegehren den von der SVP-Fraktion im Landtag vom Tisch gewischten Gesetzesvorschlag der BürgerInnen zur Direkten Demokratie wieder zur Behandlung in den Landtag zu bringen. Damit sollte dann endgültig klar sein, dass dieser die Grundlage zur Neuregelung der Mitbestimmungsrechte sein muss.

Die Promotoren - darunter Persönlichkeiten wie der ehemalige Volksanwalt Werner Palla, der ex-AVS-Vorsitzende Luis Vonmetz, der Vorsitzende der Verbraucherzentrale Walther Andreas, die Trägerin des Bischof-Gargitter-Preises Christine Baumgartner, die Gewerkschaftssekretärinnen Tila Mair (SGB/CISL) und Doriana Pavanello (AGB/CGIL), ASGB-Gewerkschaftssekretär Tony Tschenett rufen die BürgerInnen Südtirols auf, **von ihrem Recht auf Mitbestimmung Gebrauch zu machen** (siehe Kasten 3):

Unterschreibt innerhalb 13. September 2-mal in eurer Wohnsitzgemeinde! Damit das junge Pflänzchen „Direkte Demokratie in Südtirol“ weiterlebt!

ERWIN DEMICHIEL
UND STEPHAN LAUSCH

Weshalb wir mit dem Referendum NEIN sagen wollen zum Gesetz zur Bürgerbeteiligung der SVP-Fraktion

Mit diesem Gesetz wird zwar das Beteiligungsquorum abgeschafft und die Volksabstimmung über Beschlüsse der Landesregierung eingeführt, wirkliche Mitbestimmung wird aber de facto verhindert durch absurde Hürden und Hintertüren. Hier die wichtigsten:

- Es ist eine **doppelte Unterschriftensammlung** vorgesehen, 8.000 in 6 Monaten und weitere 26.000

Unterschriften in 2 Monaten.

- Die **Vervierfachung** der Zahl der Unterschriften, wie sie jetzt zum Beispiel für die Erwirkung dieses vom Parlament im Autonomiestatut verankerten Referendums nötig sind.
- Es **fehlt das Herzstück der Direkten Demokratie**, eben die Möglichkeit eines solchen **Referendums** über einfache Landesgesetze, sowie weitere wichtige Möglichkeiten der Abstimmung, wie jene begrenzt auf mehrere Gemeinden oder auch veranlasst von Gemeinderatsversammlungen.
- Volksabstimmungen **über Vorschläge der Bürger über die Regeln der Demokratie** im Land (Wahlrecht und Mitbe-

- stimmungsrecht) und über **Politikergehälter** sind ausgeschlossen.
- Kommissionen und Politiker können **Abstimmungen leicht unterbinden**.
- Mit den vorgesehenen Bestimmungen werden **die Ja-Stimmen zersplittert**, womit Volksinitiativen zu Fall gebracht werden können.
- Es gibt **keine Garantieklauseln** für faire, gleichberechtigte und transparente Abstimmungen. Für die institutionelle Information bleibt ein weisungsgebundenes Landesamt zuständig.

Das Wichtigste zum Instrument dieses Referendums

Wir nutzen damit erstmals in Südtirol das „eigentliche“ Referendum. Dieses direktdemokratische Instrument wurde nicht von der lokalen politischen Macht, sondern vom römischen Parlament im Autonomiestatut verankert.

- Mit dem Referendum können die BürgerInnen entscheiden, ob ein von der politischen Vertretung beschlossenes Grundgesetz wirklich in Kraft treten soll oder nicht.
- Es ist anhand der Vorgaben des Au-

tonomiestatutes (ca. 8.000 Unterschriften in drei Monaten und kein Quorum) geregelt und nur für Grundgesetze (Gesetze zu den Regeln der Demokratie) vorgesehen.

- Diese Gesetze treten nach ihrer Veröffentlichung für drei Monate nicht in Kraft. Wenn innerhalb dieser drei Monate ca. 8.000 Wahlberechtigte und/oder 7 Landtagsabgeordnete das Referendum darüber verlangen, tritt es nur in Kraft, wenn es bei der Abstimmung mehrheitlich angenommen wird. Es ist kein Beteiligungsquorum vorgesehen.
- Zur Abstimmung kommt es spätestens sieben Monate nach Verabschiedung des Gesetzes.



Die praktischen Schritte im Einzelnen

1. 6. Juni: Der Landtag verabschiedet allein mit den Stimmen der SVP-Fraktion das Landesgesetz „Bürgerbeteiligung in Südtirol“.
2. 4. Juli: 58 Promotoren, davon viele VertreterInnen von unterstützenden Organisationen, bringen den Antrag auf das Referendum gegen dieses Gesetz ein.
3. Gleichzeitig hinterlegen sie den Antrag auf Volksbegehren, mit dem der in der Volksabstimmung 2009 am Beteiligungsquorum

knapp gescheiterte Gesetzesvorschlag der Initiative für mehr Demokratie im neuen Landtag zur Behandlung wieder eingereicht werden soll.

4. Bis 13. September kann in allen Gemeindeämtern für die Abhaltung des Referendums und gleichzeitig für das Volksbegehren unterschrieben werden. Die Unterschriftenbögen werden dann eingesammelt und innerhalb 25. September abgegeben.
5. 25. Oktober: Bis zu diesem Tag hat die Kommission Zeit zu prüfen, ob ausreichend Unterschriften zusammengekommen sind.

6. Die Volksabstimmung muss vom neuen Landeshauptmann auf einen Sonntag zwischen 25. Oktober 2013 und 25. Januar 2014 angesetzt werden.

7. In der Volksabstimmung entscheiden jene, die an der Abstimmung teilnehmen. Es gilt kein Beteiligungsquorum.

www.dirdemdi.org und
www.referendum2014.org

Umspannwerk Wiesen und die Leiden der Anrainer

Seit zirka 40 Jahren gibt es das Stromumspannwerk am Geirweg in Wiesen. Es liegt in unmittelbarer Nähe zu einem Wohngebiet und dient als Stromverteiler für die Leitungen ins Eisacktal, nach St. Leonhard in Passeier, nach Pfitsch usw.

In nächster Zukunft soll es nach der Wiederinstandsetzung der bei einem Bombenanschlag im Jahre 1961 gekappten Wiltener Leitung, die das österreichische Stromnetz mit dem italienischen verbunden hat, auch als Verteiler für den auf diesem Weg importierten Strom dienen. Zudem potenziert die TERNA in Zusammenarbeit mit der SELNET ebenso noch die Stromleitungen nach Pfitsch, damit man dort endlich auch den Strom, den man mit den Photovoltaikanlagen auf den umstrittenen Treibhäusern für den Himbeeranbau erzeugt, in das Stromnetz einspeisen kann.

Große Sorgen um Gesundheit

Die am Geirweg in Wiesen wohnende Bevölkerung macht sich, seit sie von

den Ausbauplänen rund um das Umspannwerk in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft gehört hat, große Sorgen um ihre Gesundheit. Wieder einmal mussten die Betroffenen die Erfahrung machen, dass es Südtirols Politik nicht der Mühe wert findet, seine BürgerInnen vorab umfassend und transparent über die Auswirkungen von Baumaßnahmen zu informieren. Als Folge davon steigen Skepsis und Misstrauen. Den Anrainern stößt vor allem auch die Tatsache sauer auf, dass die Gemeindeverwaltung erst aktiv wurde, nachdem man sie auf die Wertminderung der Immobilien und eventuell damit verbundenen Schadenersatzforderungen aufmerksam gemacht hatte.

Bürgerinitiative gegründet

Man hat inzwischen eine Bürgerinitiative gegründet und so viel Druck auf die Verwaltung der Gemeinde Pfitsch ausgeübt, dass diese am 29.05. eine Informationsveranstaltung abgehalten hat, wo u.a. der Direktor der SELNET Luis Amort und

der Direktor der Landesumweltagentur Flavio Ruffini als Referenten aufgetreten sind.

Bei dieser Gelegenheit wurde allen Anwesenden bewusst, dass es sich hier um einen Themenbereich handelt, der zu komplex ist, um für einen Laien auf Anhieb verständlich zu sein. Die Grenzwerte für die elektrischen Magnetfelder sind europaweit sehr unterschiedlich festgelegt und werden eigentlich permanent gesenkt. Die Auswirkungen auf die Gesundheit wurden noch nicht ausreichend durch Langzeituntersuchungen erforscht. Deshalb konnten die Ängste der Anrainer in keiner Weise beseitigt werden. Vor allem wurde man sich aber bei dieser Gelegenheit wieder der Tatsache bewusst, wie schwer es in Südtirol ist, unabhängige Sachverständige zu finden. Das Vertrauen in weisungsgebundene Amtspersonen ist aufgrund der in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen sukzessive geschwunden. Allein die Tatsache, dass die ENEL, die bis vor ein paar Jahren für das Umspannwerk zuständig war,



Foto: entnommen aus Geobrowser - Aut. - Provinz Bozen

Die Lage des Umspannwerkes nahe der Wohnhäuser



Foto: Klaus Schuster

Das Umspannwerk auch als Verteiler von Importstrom über den Brenner?

häufiger Messungen durchführen ließ als die SEL, wirkt bei den Anrainern alles andere als vertrauensbildend.

Derzeit wird angrenzend an das Umspannwerk auch das neue E-Werk der

Konsortial-GmbH Wiesen, an dem die Gemeinde zu 28% beteiligt ist, gebaut. Diese Baumaßnahmen beeinträchtigen zusammen mit den beim Umspannwerk vorgenommenen Bautätigkeiten derzeit

die Wohnqualität am Geirweg in Wiesen zusätzlich.

Forderung der Bürgerinitiative

Die Bürgerinitiative fordert letztendlich nicht mehr und nicht weniger als eine Verlegung des Umspannwerkes an einen Standort, der in einer angemessenen Entfernung von Wohnhäusern liegt. Diese Forderung wurde von den Energieexperten als zu teuer abgelehnt und auch die beim BBT-Bau zu erwartenden Ausgleichsgelder sollen nicht für diesen Zweck verwendet werden. Scheinbar bleibt den besorgten Anrainern derzeit nichts anderes übrig als in ihren Häusern auszuharren und abzuwarten, welche Werte nach der Potenzialierung des Umspannwerkes gemessen werden. Es ist leicht nachvollziehbar, dass dies nicht gerade ein angenehmes Gefühl ist.

KLAUS SCHUSTER

Kontakt zur Bürgerinitiative über schusterk@gmail.com



Ethical Banking gibt Ihrer Geldanlage ein Gesicht!

Was ist Ethical Banking?

Ethical Banking ist ein Geschäftsfeld von 21 Raiffeisenkassen Südtirols, bei dem zweckgebundene Einlagen von Sparern gesammelt und damit nachhaltige Projekte zu einem Förderzinssatz finanziert werden. Der Sparer selbst sucht sich die Sparlinie aus, für die sein Geld verwendet wird.

Bei der Auswahl unserer Förderprojekte prüfen wir gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen genau, dass ökologische, soziale und ethische Regeln eingehalten werden.

Wie entsteht der Finanzierungszinssatz für Förderkredite?

Den Förderzinssatz beeinflusst der Sparer selbst: Je niedriger die von ihm gewünschte Rendite für sein

Ersparnis, desto niedriger auch der Förderzinssatz, zu dem der Kredit vergeben wird. Für die Raiffeisenkasse ist lediglich eine Kostendeckung vorgesehen. Diese direkte Beeinflussung des Zinssatzes sowie die Auswahl der Sparlinie durch den Anleger sind die zentralen Merkmale von Ethical Banking.

Wie kann nachvollzogen werden, wofür die Spargelder effektiv verwendet werden?

Ethical Banking ist auf 100%ige Kundenaufklärung ausgerichtet. Die Projekte, die wir über Ethical Banking finanzieren, werden veröffentlicht.

Wie konkret Ihr Geld wirkt, sehen Sie anhand des folgenden Beispiels aus der Spar- und Finanzierungslinie Biologische Landwirtschaft: Der Kräutergarten Wipptal

Das angelegte Spargeld stellen wir ausschließlich zertifizierten landwirtschaftlichen Betrieben in Form von zinsbegünstigten Krediten zur Verfügung. So auch dem biozertifizierten Kräutergarten Wipptal

des begeisterten Kräuteranbauers Bernhard Auckenthaler (im Bild) aus Pflersch, welcher dank des Förderkredites neue Räumlichkeiten für Trocknung, Lagerung und Verarbeitung errichten konnte.



Weitere Beispiele finden Sie in den nächsten Ausgaben des Naturschutzblattes, auf der Homepage www.ethicalbanking.it und auf dem Youtube-Kanal.



Tempo 40 in der Gemeinde Olang

Mit der Frage: „Was soll ich tun?“ hat Immanuel Kant ein theoretisches Fundament für die praktische Philosophie geschaffen. **Kant ist der Auffassung, dass jeder Mensch den Maßstab der Sittlichkeit in sich hat und weiß, was er nach dem Gesetz der Sittlichkeit tun sollte.** Der autonome Wille (der Vernunft) gebietet also die sittlich gute Handlung. Der Mensch ist ein intelligibles Wesen, das heißt, er ist in der Lage, in der Vernunft unabhängig von auch triebhaften Einflüssen zu denken und zu entscheiden. Die Vernunft legt dem Menschen die Pflicht auf, dem Gebot der Sittlichkeit zu folgen.

„[...] handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, daß sie ein allgemeines Gesetz werde.“

(Immanuel Kant: AA IV, 421[2])

Wenn ich mir erlaube, dieses einsichtige und nachvollziehbare Grundprinzip allgemein auf den motorisierten Straßenverkehr und speziell in Wohn- und Ortsbereichen umzudenken, dann erscheint es eigentlich schon merkwürdig und nicht unbedingt von vornherein nachvollziehbar, dass **Reglementierungen** eingesetzt werden müssen, wo **angemessene Verhaltensweisen im Grunde selbstverständlich** sein sollten. Dort, wo wir wissen, dass sich Mitmenschen aufhalten, sich unterhalten, Kinder spielen, dort **wo Straße auch Gemeinschaft ist.**

Angemessene Verhaltensweisen sind im angesprochenen Bereich keine anderen, als dass dem Mitbenutzer der Straße, ganz egal ob alt oder jung, den Menschen, aber auch Tieren, spielend, fahrend, sich herumtreibend, der nötige Respekt entgegengebracht wird. **Dieser Respekt kann nur eine moderate Geschwindigkeit im Fahrverhalten mit sich bringen. Logisch, laut Vernunft!**

Die Vernunft, die dem Menschen die Pflicht auferlegt, dem Gebot (der Sittlichkeit und damit auch dem Gebot des angemessenen Verhaltens auf der Straße) zu folgen, ist allerdings nicht jedermanns Sache. Dass ein allgemeines Gesetz, weil die Vernunft es so will, nicht für alle dieselbe Gültigkeit hat, erscheint schon merkwürdig. Die ewig „Unverbesserlichen“ fordern folglich eine festgeschriebene und beschriebene Reglementierung.

Tempo 30 in Wohn- und Ortsgebieten scheint mir eine Geschwindigkeit zu sein, bei der die Sicht- und Reaktionszeit sowie der Bremsweg in Bedarfsfällen nicht allzu lang werden. Diese Meinung vertreten auch der Vorstand der Umweltgruppe Olang sowie einzelne Mitglieder der Verkehrskommission Olang. **Dieser Regelung galt und gilt unser Einsatz.** Wir versuchten und versuchen dahingehend die Bevölkerung zu sensibilisieren, Überzeugungsarbeit zu leisten und unsere Meinung in den verschiedenen Gremien und bei Veranstaltungen zu vertreten. Besagte Überzeugungsarbeit hat sich als sehr schwierig und vor allem mühsam gezeigt, es scheint, als würde die Menta-



Fotos: Umweltgruppe Olang



Deine
Unterschrift
wird
gebraucht



Tempo 30 rettet Leben und garantiert einen Menschen gerechteren Verkehr in Städten und Dörfern sowie eine nachhaltigere Mobilität. Unterstützt auch ihr mit eurer Unterschrift diese Europäische Bürgerinitiative auf www.30kmh.eu

lität und die Kraft der Gewohnheit eine Neuregelung und ein Umdenken verlangsam oder gar nicht zulassen.

Nun gut. Es hat sich in **Olang** nichts getan. Immerhin hat sich der Gemeinderat gegen Ende der letzten Legislaturperiode dazu aufgerafft, einen Beschluss zu fassen, der vorsieht, **im gesamten Gemeindegebiet in bebauter Ortschaft und in Wohngebieten Tempo 40 einzuführen.** Tempo 40 gilt, wie ich seit kurzem erfahren habe, nun nicht nur auf gemeindeeigenen Straßen, sondern auch auf Olinger Straßen mit Landeszuständigkeit. Diese Reglementierung dürfte die tendenziellen „Bleifüße“ zur Beson-

nenheit bei der Druckausübung auf das Gaspedal bewegen, möchte man annehmen.

Verkehrsschilder im Gemeindegebiet, die auf die Reduzierung der Geschwindigkeit auf 40 km/h in den Ortschaften deuten, **fehlen aber gänzlich.** Erfreulich ist aber die Tatsache, dass an einigen gefährlichen Stellen, Engstellen und Wohnzonen eine „30km/h-Tafel“ steht. Diese Tatsache lässt mich und die Mitstreiter hoffen. Diese Tatsache wirft nun folgende Fragen auf:

Ob die Gemeindeverwaltung von Olang wohl bisher auf die Beschilderung verzichtet, da sie jedem Menschen, ob Einheimischen oder Gast, den nach Immanuel Kant „autonomen Willen“ und somit die „Maxime der Vernunft“ zutraut?

Oder plant sie, bald den Beschluss „Tempolimit 30 in bebauten Ortschaft-



ten“ zu genehmigen, und wartet deswegen mit der Beschaffung und Anbringung der Geschwindigkeitsbegrenzungsschilder, um Spesen und Arbeit nicht doppelt zu haben?

Um wirklich eine tendenzielle Vorreiterrolle einzunehmen, bedarf es Mut

und konsequenter Durchführungshandlung von Seiten der Gemeindeverwaltung. Unsere Unterstützung und die überzeugter BürgerInnen hätte sie!

FRANZ JOSEF HOFER
UMWELTGRUPPE OLANG

Nein zu Steuergeldern für den Flugplatz Bozen

Auch im Pustertal macht sich ein großes Unverständnis bezüglich des erneuten Ausbaus des Bozner Flugplatzes breit. Die Umweltgruppen Olang und Rasen haben daher dieses Thema aufgegriffen und reagieren mit scharfem Protest. Sie teilen die Verwunderung mit den Anrainern, mit dem Dachverband für Natur- und Umweltschutz, mit Freunden der Umwelt und verwehren sich dagegen, dass wieder Steuergelder in einen weiteren Ausbau des Flugplatzes oder in eine sog. Sicherheitsanpassung fließen. Zu viele Gelder sind bereits verschleudert worden. Die Menschen sind nicht mehr bereit, ihre Steuergelder für das Vorhaben herzugeben und mit ihrem Geld die Wünsche einiger Weniger zu finanzieren.

Der Flugplatz Bozen ist aus dem Gesamtkonzept Mobilität herauszunehmen. Der Flugplatz Bozen ist bereits ein grober Eingriff in die herrliche Südtiroler Natur. Falls ihn trotzdem eine kleine Lobby unbedingt haben will, so soll sie ihn wenigstens selbst bezahlen.

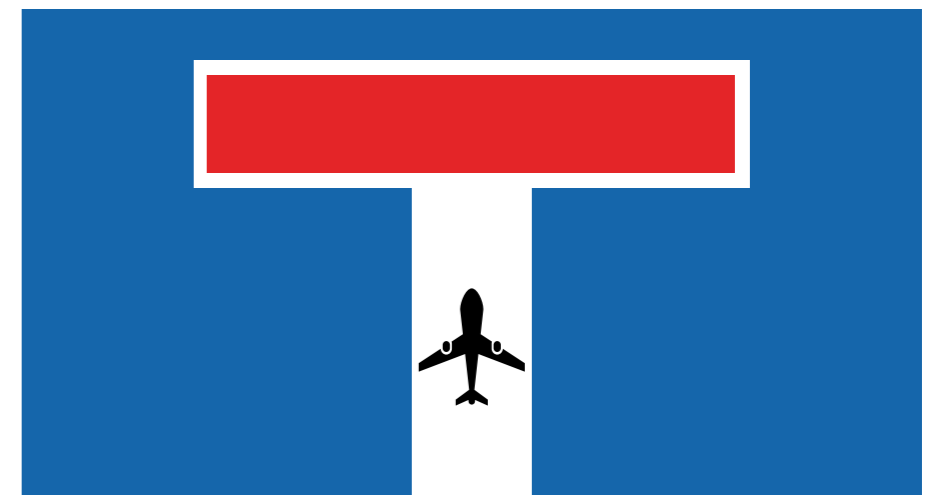
Für die Pustertaler Bevölkerung ist der

Flugplatz Bozen uninteressant. Die Flughäfen Innsbruck und Treviso sind nur wenig weiter weg und sind durch Shuttledienste leicht und bequem erreichbar. Diese Flughäfen, nehmen wir Verona und Venedig noch mit dazu, weisen ein Angebot auf, das keine Wünsche sprich Destinationen offen lässt. Mit der schnellen Zugverbindung Bozen-Rom in nur vier Stunden fällt auch das Argument, man brau-

che den Flugplatz wegen der Rom-Verbindung.

Die Pustertaler Umweltverbände unterstützen die Anrainergemeinden Bozen und Leifers sowie alle GegnerInnen der weiteren Verschwendung öffentlicher Gelder für den Flugplatz.

UMWELTGRUPPEN
OLANG UND RASEN



Gemeinsam gegen das giftige Greiskraut

Dem giftigen Schmalblättrigen Greiskraut (*Senecio inaequidens*) ging es am 25. Mai im Biotop Castelfeder an den Kragen: Rund 40 fleißige Helfer waren bei der Greiskraut-Ausreißaktion der Vereinigung Südtiroler Biologen mit dabei.



Eifrig dabei bei der Ausreiß- und Sammelaktion

Naturliebhaber und Interessierte aus Montan, Auer, Tramin, Kurtinig, Salurn, aber auch aus Bozen, Meran und Brixen sind mit Handschuhen und großen Säcken gemeinsam ausgerückt, um das Biotop von der eingewanderten Pflanze zu befreien. Wurden die Säcke zu schwer,

kamen die Förster der Forststation Neumarkt zu Hilfe und haben sie ausgeleert. Nach etwa zwei Stunden war die Ladefläche des Forstautos berstend voll (ca. 200 kg gesammeltes Greiskraut) und die Beamten kümmerten sich um die fachgerechte Entsorgung der Giftpflanzen.

Das Greiskraut

Die giftige Art wurde in Europa ungewollt mit Schafwolle aus Südafrika eingeschleppt. In unserer Region verbreitet sie sich hauptsächlich via Wind entlang von Straßen und Bahnlinien bzw. auf offenen Standorten, wie felsigen Hängen, Weinbergen und mageren Weiden (z.B. Castelfeder), und wird so zu einem Problem für die Landwirtschaft. Gelangt das Schmalblättrige Greiskraut ins Heu oder in Getreide, wird es sogar lebensgefährlich für das Vieh bzw. die Menschen. Sammeln Bienen den giftigen Pollen, können ganze Bienenvölker sterben.

So erkennt man es

Das Greiskraut ist ein 20 bis 70 cm hoher, mehrjähriger Halbstrauch, der an der Basis verholzt und sich im Laufe der Zeit immer mehr verzweigt und so mehr Blütenköpfe (leuchtend gelb) und mehr Samen bildet. Es besitzt 6 bis 7 cm lange,

schmale Blätter. Typisch sind auch die dunklen Spitzen an den Hüllblättern der Blütenköpfchen.

Die Blütezeit dauert etwa von März bis Dezember, mit je einer intensiven Blühperiode am Anfang und am Ende der Vegetationszeit. Pro Pflanze werden sehr viele flugfähige Samen gebildet, bis zu 30.000 Samen pro Pflanze und Jahr. Diese werden dank ihres Pappus (= Haarkranz) mit dem Wind über weite Distanzen verbreitet.

Standort

Das Schmalblättrige Greiskraut ist eine typische Ruderalpflanze mit breiter ökologischer Amplitude. Die Art ist in den mediterranen Regionen Südafrikas heimisch, wo sie sowohl trockene als auch feuchte Standorte besiedelt. Man findet sie auf kalkhaltigem oder saurem Boden, von der Ebene bis in die montane Stufe (im Aostatal bis 1.000 m, in Südafrika bis 2.500 m). Bei uns besiedelt das Schmal-



Greiskraut-Haufen

blättrige Greiskraut offene Stellen entlang von Straßen, Bahnlinien und Fließgewässern, trockene Wiesen, felsige Hänge und Weinberge. Sie verdrängt die einheimischen Arten und erobert rasch 80% der Flächen. Die Ausbreitung in Südtirol wurde vor allem durch den Autobahnbau begünstigt bzw. ermöglicht.



Wurden die Säcke zu schwer, halfen die Förster.



Zirka 200 kg Greiskraut wurden verladen.



Zur Belohnung eine Marende für die fleißigen Helfer

Fotos: Vereinigung Südtiroler Biologen

Gefahren

Die ganze Pflanze ist giftig (Pyrrolizidinalkaloide) und kann Mensch und Vieh gefährden, wenn Teile von ihr aufgenommen werden. Aufgrund der giftigen Alkaloide darf die Pflanze nicht ins Heu oder als Beikraut-Verunreinigung ins Getreide gelangen.

Bekämpfung

Das Schmalblättrige Greiskraut ist ziemlich herbizidresistent und mahd tolerant und somit nicht einfach zu bekämpfen. Es muss vor der Blütezeit ausgerissen werden, damit es nicht aussamen kann. Um die weitere Ausbreitung sicher zu verhindern, sollte das Material in einer Verbrennungsanlage entsorgt werden.

Nochmals vielen Dank von Seiten der Biologen an alle für die aktive Mithilfe und die tolle Aktion auf Castelfeder!

Und nicht vergessen: Auch beim Spazierengehen darf das Greiskraut ausgerissen werden, denn jede ausgerissene Pflanze bedeutet ca. 30.000 potentielle Samen weniger!



www.biologen.bozen.org

Aktionstag Montiggler Wald



Die Umweltgruppe Eppan hat am 11. Mai dieses Jahres zum ersten Mal den „Aktionstag Montiggler Wald“ in Zusammenarbeit mit verschiedenen Vereinen der Gemeinde, deutscher und italienischer Sprache, organisiert. Ein vielfältiges Programm wurde angeboten, das auf alle Alters- und Interessensgruppen zugeschnitten war.

Wie enttäuscht waren wir, als es, nach einer kurzen, aber intensiven Vorbereitungszeit am Vormittag des 11. Mai stark regnete. Für 9 Uhr war **Nordic Walking** mit der Rheuma-Liga Südtirol programmiert, was buchstäblich „ins Wasser“ fiel. Doch nach und nach haben sich die Wolken verzogen und ab Mittag setzte sich dann die Sonne endgültig durch. So konnten die **Mountainbiker** mit dem Bici Club flott durch den Wald radeln, auf dem „Knöttl“ am Großen See fanden sich be-

geisterte **SängerInnen** ein, die mit Zither- und Akkordeon Begleitung drei Stunden lang für die ersten Badenden eine feine musikalische Kulisse mit abwechselnd deutschen und italienischen Liedern boten. Forstinspektor Martin Schöpf begleitete eine kleine, aber sehr interessierte Gruppe durch den frischen Frühlingwald und erklärte, warum die Menschen den **Wald** brauchen und warum dieser die Pflege durch die Menschen benötigt. An einem Stand am Weg zum Kleinen See boten die Biologinnen Franziska Winkler und Johanna Reiner eine **Becherlupensafari** an: Mit starken Vergrößerungsgläsern konnte man die sonst leicht zu übersehenen Lebewesen des Waldbodens beobachten und kennenlernen. Der Waldboden ist unwahrscheinlich lebendig! Im **Klettergarten** boten erfahrene Kletterer des CAI Kindern und Jugendlichen kurze, geführte Kletterrouten an. Erstaunlich, wie viele dieses Angebot nutzten. Andere Kinder spielten mit der Försterin Gertraud Heiss aus Kaltern **Waldspiele**. Dass sich im Montiggler Wald ein Porphy-Steinbruch befindet, wissen nicht viele, denn dieser ist für „Unbefugte“ nicht zugänglich. An diesem Tag aber war der **Steinbruch** geöffnet und Hannes Mathà erläuterte in interessanten Führungen den Porphy aus geologi-

scher Sicht und gab Einblick über die Arbeit im Steinbruch. Die Imker erzählten anschaulich über ihre fleißigen **Bienen** und darüber, wie der berühmte Montiggler-Waldhonig entsteht. Wohl wegen des



Mit dem Rad auf Entdeckungstour

nassen Wetters am Vormittag sind nur sehr wenig Interessierte an den Schilderungen von **Wasserleben** und **Fischen** eingetroffen, sodass die Fischer ein wenig enttäuscht waren. Lustig und gesellig ging's am oberen, großen Parkplatz zu: Der ACLI bot **Essen und Trinken** an, es wurde gelacht und gesungen, und jeder, der vorbeikam, wurde eingeladen mitzutun. Die Klänge eines Akkordeons waren bis in die Abendstunden zu hören. So endete das Waldfest in guter Stimmung!

ELISABETH LADINSER
UMWELTGRUPPE EPPAN



Geselliges Beisammensein

Fotos: Umweltgruppe Eppan



Greiskraut - Senecio inaequidens

Foto: wikimedia



Fotos: Naturtreff Eisvogel

Eine Linde als Jahrgangsbaum



Die Eltern sind stellvertretend für ihre Kinder aufgefordert, zusammen mit der Umweltgruppe auf den Baum zu achten, ihn zu pflegen und zu hegen. „Der Baum möge wachsen und gedeihen so wie die Kinder“, sagte Reinhold Haller, der Obmann der Umweltschutzgruppe Terlan, am verregneten Samstagvormittag bei der Pflanzaktion in Vilpian.

THOMAS HABERER
UMWELTSCHUTZGRUPPE TERLAN

Ala jährliche Aktion lud die Umweltschutzgruppe Terlan am 11. Mai alle Eltern, die sich 2012 über Nachwuchs freuen durften, zur gemeinsamen Pflanzung eines Baumes ein. Zusammen mit den Kindern wurde dieses Mal in Vilpian vor dem alten Postgebäude eine Linde gesetzt.

Der altbekannte Brauch für Neugeborene einen Baum zu pflanzen, wurde durch die Umweltschutzgruppe Terlan seit einigen Jahren zu einer neubelebten Tradition in Terlan. Als Jahrgangsbaum für die Neugeborenen im Jahr 2012 wurde eine Winter-Linde ausgewählt, die von der Gemeinde Terlan gespendet wur-

de. Die Winter-Linde ist ein sommergrüner Laubbaum, der Wuchshöhen bis ungefähr 30 Meter erreichen kann und maximal 1.000 Jahre alt wird. Ein Holzschild mit der Aufschrift „Jahrgangsbaum 2012“ soll noch in vielen Jahren an die Pflanzaktion erinnern und vielleicht Treffpunkt für Jahrgangstreffen werden.

www.facebook.com/umwelt-terlan



Aktion Hecke 2013



In den vergangenen Monaten war es wieder soweit, der Verein Naturtreff Eisvogel führte seine jährliche „Aktion Hecke“ durch. Diese Initiative hat das Ziel, an geeigneten Orten und mit Unterstützung der Grundeigentümer neue Hecken anzulegen.

Mit der tatkräftigen Hilfe von knapp 50 Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrpersonen der Grundschulen Gais und Uttenheim wurde eine Heckenreihe entlang des Radweges zwischen diesen beiden Dörfern angelegt. Unter den gesetzten Pflanzen finden sich unter anderem

Holunder, Ahorn, Birke, Linde, Haselnuss, Schlehdorn, Berberitze, Heckenrose und Vogelbeere. Insgesamt konnten an diesem Aktionvormittag 400 Pflanzen erfolgreich gesetzt werden. Auch in der Umgebung von Bruneck wurden fleißig Hecken gepflanzt. So schmückten in St. Georgen an die 300, in Dietenheim 350 und in Stegen 120 neue Sträucher und Bäumchen das Dorfbild.

Obwohl das Wetter dieses Jahr nicht immer mitspielte, konnten insgesamt doch über 1.000 Sträucher und Bäumchen gepflanzt werden. Dies wäre ohne die Unterstützung der SchülerInnen, Förster, der Freiwilligen Feuerwehren, der Grundeigentümer und nicht zuletzt aktiver „Eisvogel-Mitglieder“ nicht möglich gewesen. Somit gebührt ein großes Dankeschön den vielen fleißigen Helfern, den Ortspfarrern von Gais, St. Georgen und Dietenheim für die Segnung der Pflanzen, den Fraktionen Gais und St. Georgen für den Umtrunk, der Forstdomäne für die Bereitstellung der Pflanzen und den Grundeigentümer für ihre Unterstützung und Pflege der neuen Setzlinge.



Und wer weiß, vielleicht besucht der eine oder andere Helfer wieder mal ‚seine Hecke‘ oder ‚sein Bäumchen‘.

NATURTREFF EISVOGEL

www.eisvogel.it



Trotz Regen versammelten sich zahlreiche Eltern mit ihren 2012-Geborenen zur Pflanzaktion.

Fotos: Umweltschutzgruppe Terlan



Altenburger Waldtag mit LandArt



Am 1. Juni veranstaltete die Umweltgruppe Kaltern zusammen mit anderen Vereinen und Gruppen bereits zum 2. Mal den Waldtag in der Sportzone St. Anton im Altenburger Wald.

Während im Vorjahr der Schwerpunkt darauf lag, die Wichtigkeit unseres Waldes für das Klima, als ökologisches System, als Lieferant von erneuerbarer Energie, als Schutz-, Erholungs- und Wirtschaftsraum aufzuzeigen, stand heuer das Miteinander von Jung und Alt und die frühere bäuerliche Nutzung des Waldes im Mittelpunkt. Der Waldtag fand diesmal im Rahmen des vom Bildungsausschuss Kaltern getragenen Projektes *Soziales Lernen* statt.



Fotos: Umweltgruppe Kaltern

Einladende Angebotsvielfalt

Zusammen mit der Umweltgruppe Kaltern luden die Altenheim-Freizeitgestaltung, die AVS-Jugend, die Kalterer Freizeitmaler, die Gruppe ReFood und der Verein für Kultur und Heimatpflege zum **gemeinsamen Entdecken** (Waldquiz, Bachelupensafari, Blinde Reise, Verstecken-Entdecken), **Spiele** (Slackline, Spiele von früher wie Tempelhupfen und Schießern und Spiele aus anderen Ländern wie Bangladesh, Kosovo und Pakistan), **Malen mit Pinsel** (Malwettbewerb mit Prämierung der schönsten Arbeiten) und **Malen mit Erdfarben, Zuhören** (Sagenwanderung, botanische und Heilkräuter-Führung), **handwerklich Arbeiten** (Maipfeifeln schnitzen, Feuerbeutel, Schab, Reiserbesen machen und Buckelkorb flechten), **künstlerisch Gestalten** (Arbeiten mit den Materialien des Waldes) und **Mittagessen** (Plent serviert auf Butterpapier mit Biowurst, Gorgonzola oder Gemüseglasch) ein.

Die Veranstaltung war ein voller Erfolg – nicht zuletzt auch, weil nach einer regenreichen Woche der sonnige Samstag die Menschen ins Freie lockte. Bereits um 10 Uhr trafen die ersten Besucher ein, um zwölf Uhr stand der Plent bereit. Das Quiz, das dem Trimm-dich-Pfad entlang führte, wurde von vielen Familien gemeinsam

gelöst und rund 120 Mal mit richtiger Lösung abgegeben, die Teilnehmer wurden mit einem kleinen Sachpreis belohnt. Großen Andrang gab es beim Maipfeifeln schnitzen, beim Malen und auf der Slackline. Aber auch alle anderen Angebote fanden großes Interesse.



LandArt-Prämierung

Einige LandArt-Kunstwerke entstanden schon Tage vor der Veranstaltung, doch auch am Samstag wurde noch fleißig gearbeitet und Bestehendes noch verbessert. Die Jury hatte es nicht leicht, jeweils den 1. Preis für die Arbeiten von Erwachsenen und Kindern zu vergeben! Das



Hauptaugenmerk bei der Bewertung wurde auf die Einbindung des Werkes in die Natur gelegt.

Der Waldtag endete um 17 Uhr mit der Prämierung der Waldkunst-Arbeiten aller Teilnehmer. Ein herzliches Dankeschön an alle, die Preise für das Wald-Quiz, den Malwettbewerb und die LandArt-Aktion bereitgestellt haben bzw. uns in der Organisation und beim Waldtag unterstützt und so zum guten Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben. Ein Dank auch an die 400 bis 500 Teilnehmer, die begeistert die Angebote im Wald genutzt haben!

UMWELTGRUPPE KALTERN

www.umweltgruppe-kaltern.it

IMPRESSUM

Eigentümer und Herausgeber: Dachverband für Natur- und Umweltschutz in Südtirol
I-39100 Bozen (BZ), Kornplatz 10
Tel. +39 0471 973 700, Fax +39 0471 976 755
info@umwelt.bz.it, Steuernr. 94005310217

Redaktion: Andreas Riedl, Griseldis Dietl
Verantwortliche Direktorin: Michaela Falkensteiner
Grafische Gestaltung: Alessandra Stefanut
Druck: Karo Druck, Frangart

Das „Naturschutzblatt“ erscheint 3-mal jährlich, Gericht Bozen, Dekret Nr. 7 vom 23.5.1985. Artikel, die mit dem Autorennamen versehen sind, geben nicht immer die Meinung des Dachverbandes wieder.



Dachverband - regionale Vertretung der internationalen Alpenschutzkommission CIPRA

MITGLIEDSVEREINE

- Alpenverein Südtirol
- Arbeitsgemeinschaft für Vogelkunde und Vogelschutz in Südtirol
- Baubiologie Südtirol
- Bund Alternativer Anbauer
- Heimatpflegeverband Südtirol
- Lia per Natura y Usanze
- Naturtreff Eisvogel
- Plattform Pro Pustertal
- Südtiroler Gesellschaft für Gesundheitsförderung
- Südtiroler HochschülerInnenschaft
- Touristenverein „Die Naturfreunde“ Meran
- Umweltschutzgruppe Vinschgau

TERMINE

AVS – ALPENVEREIN SÜDTIROL

0471 978141, office@alpenverein.it, www.alpenverein.it

- 22.09.2013 **Geologische Wanderung in den westlichen Dolomiten** mit Daniel Lorenz (Landesverband der Mineralien- und Fossilienvereine Südtirols); über den Geologensteig von Bad Ratzes zur Seiser Alm - Anmeldeschluss 16.09.2013
- 17.11.2013 **Wildbeobachtung „Gämsen bei der Brunft beobachten“ im Martelltal** mit Klaus Bliem. Anmeldeschluss: 25.10.2013

NATURTREFF EISVOGEL

348 2425552, info@eisvogel.it, www.eisvogel.it

- 05.10.2013 um 18 Uhr **Filmabend „Auf den Spuren des Steinbocks“** von Hubert Schönegger im Jugendtreff St. Georgen
- 06.10.2013 von 13 bis 19 Uhr **Naturkundliche Herbstwanderung im Eisacktal** mit Klaus Graber
- 12.10.2013 von 14 bis 17 Uhr **Naturkundliche Herbstwanderung - Stegener Ahrauen**
- 12.10.2013 um 19 Uhr **Offene Vorstandssitzung mit Jahresplanung 2014** im Sitzungsraum Grundschule/Turnhalle St. Georgen
- 26.10.2013 um 20 Uhr **Filmvortrag „Wildnis“** mit Johannes Wassermann im Vereinshaus St. Georgen
- 31.10.2013 um 20 Uhr **Reisebericht, ... ans andere Ende der Welt“** mit Julian Pramstaller und Samuel Sieder im Jugendtreff St. Georgen - bitte mit Voranmeldung
- 09.11.2013, 16 bis 17.30 Uhr **Naturerlebnis für Kinder und Jugendliche** vor Jugendtreff St. Georgen
- 09.11.2013 um 18 Uhr **Filmabend „Tiere vor der Kamera - Highway“** im Jugendtreff St. Georgen
- 16.11.2013 um 20 Uhr **Fotovortrag „Die Ahr von der Quelle bis zur Mündung“** im Vereinshaus St. Georgen in Zusammenarbeit mit Fotoclub Bruneck

- 07.12.2013, 16 bis 17.30 Uhr **Naturspiele für den Winter für Kinder und Jugendliche** im Jugendtreff St. Georgen
- 07.12.2013 um 18 Uhr **Filmabend „Tiere vor der Kamera - Superstar“** im Jugendtreff St. Georgen
- 21.12.2013 um 18.00 Uhr **Eisvogel-Weihnachtsfeier und Jahresabschluss 2013** in St. Georgen

UMWELTGRUPPE KALTERN

0471 963632, info@umweltgruppe-kaltern.it, www.umweltgruppe-kaltern.it

- DI und FR von 14-17 Uhr **Kräutergarten-treff** im Franziskanerkloster-Kräutergarten, Eingang Goldgasse
- 29.08.2013 **Stand am Marktplatz** beim langen Donnerstag
- 07.09.2013 **Besuch eines Bauernhofs am Nonsberg** mit Führung und anschließender Wanderung
- 09.09.2013 **Kräuterzauber(er) und Kräutertreffen für Kinder ab 7**
- 11.09.2013 **Bewährte Gewürz- und Kräutersalzmischungen - Wissenswertes, Rezepte und Praxis** mit Karin Weissensteiner
- 22.09.2013 Wanderung mit AVS **Hirschbrunft im Schweizer Nationalpark** mit Wildexperte Klaus Bliem
- 02.10.2013 **Kräutersalben und Cremes mit Pflanzenölauszügen** - Wissenswertes, Rezepte und Praxis mit Karin Weissensteiner
- 06.10.2013 ganztägig **Geologische Wanderung im Fanesgebiet** (Capanna Alpina über Tagedajoch, Großfanes und Kleinfanes nach Pederü) mit Geologe Mag. Alfred Gruber
- 07.10.2013 **Kräuterzauber(er) und Kräutertreffen für Kinder ab 7**
- 16.10.2013 **Veranstaltung zum Welternährungstag**
- 20.10.2013 ganztägig **Wandern und Törggelen**
- 04.11.2013 **Basteln mit Naturmaterialien für Kinder ab 7**
- 06.11.2013 **Duftsäckchen, Kräuterkissen u. Ä.** mit Karin Weissensteiner
- 25.11.2013 **Mitgliederversammlung mit Diaschau**
- 30.11.2013 **Stand am Marktplatz**
- 02.12.2013 **Basteln mit Naturmaterialien für Kinder ab 7**
- 04.12.2013 **Naturkosmetik** mit Karin Weissensteiner
- 14.12.2013 **Stand am Marktplatz**



ClimatePartner
klimaneutral
Druck | ID: 10846-1308-1001



Auch heuer organisieren wir* wieder für Euch den

Autofreien Radtag auf die Mendel

AM SAMSTAG, 21. SEPTEMBER 2013

Straßensperre von 9.00 bis 16.30 Uhr für
den motorisierten Verkehr ab Kreuzung
Oberplanitzing bis zur Mendelpass-Höhe

Erfrischungsstände auf Matschatsch und Mendel
Klimaquiz mit Sachpreisen

Teilnahme auf eigene Verantwortung
Fahrverhalten dem Straßenkodex anpassen
Auto nicht auf Maxicenter-Parkplatz parken

*** Organisatoren:**

Umweltgruppe Eppan – Gemeinde Eppan
Umweltgruppe Kaltern – Gemeinde Kaltern
Dachverband für Natur- und Umweltschutz

in Zusammenarbeit mit:

Azienda per il Turismo Val di Non,
Associazione Amici della Terra e Comune di Ruffrè

Information unter www.umwelt.bz.it > Aktuelles/Termine

